

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Eine rechte Mehrheit ... – Seite 4***
- ***Konflikt um iranisches Atomprogramm eskaliert – Seite 7***
- ***TAMM TAMM in Hamburg – Künstler informieren Politiker – Seite 12***
- ***Harte Kämpfe im Einzelhandel – Seite 15***
- ***Linkspartei und Umbruch der Arbeitsgesellschaft – Seite 19***

Ausgabe Nr. 17 am 24. August 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Zivile Luftfahrt wird kriegsmäßig

FAZ. 8.8.05. *maf.* USA. Kongressmitglied John Mica betreibt eine Gesetzesinitiative, nach der Flugzeuge, die mehr als 800 Menschen befördern können, mit einem System zur Abwehr von Raketenangriffen ausgerüstet werden müssten. Davon betroffen wäre der A 380, nicht aber das kleiner geplante Konkurrenzmodell von Boeing. Mica: „Ein Flugzeug, das 800 Passagiere an Bord hat, ist ein fliegendes Ziel für Terroristen. Mir ist es ganz gleichgültig, wer es herstellt.“ Der Verband der Luftfahrtindustrie in Amerika bezeichnet mögliche Kosten zur Ausrüstung von Passagierflugzeugen mit ca. 100 Milliarden Dollar als zu teuer. – Die Initiative, die Aufmerksamkeit erregt, weil sie die Themen „Terror“ und „Wirtschaftskrieg“ miteinander kreuzt, entgeht dem Schicksal der Lächerlichkeit nur in einer öffentlichen Meinung, die sich zunehmend auf eine jahrzehntelange Dauer imperialistischer Unterwerfungskriege und terroristischer Gegenschläge einstellt.



EU-Kommission: : 15 Mio. Euro für Ausbau des Big-Brother Systems

eu-nachrichten, 2.8. *hav.* Die Europäische Kommission beschloss, ein Forschungsprojekt zu finanzieren, das ein Anti-Terrorismus-Sicherheitssystem entwickeln soll. Das Projekt wird Informationen von Sensoren, ferngesteuerten oder autonomen Kameras, Bodeneindringradar und Line-Scannern zusammenführen. Es handelt sich um eines von 13 Projekten, die im Rahmen der ‚Vorbereitenden Maßnahmen zur Sicherheitsforschung‘ ausgewählt wurden, um die „Sicherheit der EU-Bürger“ zu verbessern und die industrielle Grundlage Europas zu stärken. Die acht Technologieprojekte und die fünf ergänzenden Maßnahmen werden mit EU-Mitteln in Höhe von 15 Millionen € finanziert. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Sicherheitsforschung schlug die Kommission vor, das Jahresbudget ab 2007 von 15 auf rund 250 Millionen € jährlich deutlich zu erhöhen. Weitere ausgewählte Projekte betreffen die verbesserte Überwachung

europäischer Häfen und Küsten und integrierte Schutzsysteme für das gesamte Luftverkehrssystem, einschließlich Luftfahrzeuge, Bodeninfrastruktur und Informationsnetze gegen Terroranschläge sowie Anschläge mit tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS).

Mit einem weiteren Projekt sollen verdächtige Aktivitäten durch strenge Sicherung von mit Netzwerken verbundenen Computern früher ermittelt werden. Das Projekt spricht die Interoperabilität von Geheimdiensten an, um die Prüfung von Informationen und die Konsolidierung aus unterschiedlichen Quellen zu ermöglichen. Die Projekte zielen sowohl auf die erforderlichen technologischen Lösungen als auch auf die damit verbundenen operationellen Konzepte ab. Die Kommissionsdienststellen bereiten derzeit die dritte und letzte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Vorbereitenden Maßnahmen zur Sicherheitsforschung vor, die Anfang Februar 2006 veröffentlicht werden sollen. Als Vorbereitung auf den neuen Finanzierungszeitraum, der 2007 beginnt, wurde im April 2005 ein Europäischer Sicherheitsforschungs-Beirat (ESRAB) eingesetzt, der aus Vertretern privater und öffentlicher Interessengruppen des Sicherheitsbereichs besteht und die Kommission hinsichtlich des Inhalts und der Umsetzung der Sicherheitsforschung innerhalb des 7. FTE-Rahmenprogramms (2007–2013) berät. Weitere Infos unter:

http://europa.eu.int/comm/enterprise/security/index_en.htm

„Verkehrsprojekte Europäische Einheit“

FAZ. 18.8. *maf.* In der Rubrik „Fremde Federn“ setzt sich der Europaabgeordnete der Grünen Michael Cramer mit dem Zustand der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen auseinander, der auf wichtigen Strecken weit hinter die Dampflokomotivzeit im vorigen Jahrhundert zurückzufallen. Europa brauche ein Eisenbahnnetz von Lissabon nach Tallinn, von London nach Athen, von Paris nach Warschau. Es gebe historische, ökologische und finanzielle Gründe für den Vorrang der „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“. Priorität haben sollte der Ausbau der Bahnverbindung von Berlin nach Warschau, Wilna, Riga und Tallinn und der von Wien und Venedig nach Prag, Bratislava (Preßburg), Ljubljana und Budapest. So wären wenigstens die Hauptstädte der „neuen“ Staaten mit der „alten“ EU verbunden. Cramer weist bei seinem Werben für Finanzierung und Beschleunigung der von der EU ins Auge gefassten 30 Projekte der transeuropäischen Netze (TEN) darauf hin, dass

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

auch in dem „Autoland USA“ 50 Prozent aller Güter auf der Schiene befördert würden. Die Planung der EU, auf die sich Cramer stützt, wird in der deutschen Diskussion sonst eher konterkariert. So lässt die Projektierung des Großflughafens München mit einer dritten Startbahn den Schluss einer Überbetonung des Luftverkehrs zu. Ein verbessertes Schienennetzwerk hätte demgegenüber den Vorteil, dass es nicht nur große Metropolen punktförmig miteinander verbindet, sondern auch die „Zwischenräume“ erschließen kann.

Salzburg-Konferenz: Südosteuropa strebt eine Freihandelszone an

Die Presse, 5.8. hav. Die Premierminister Serbiens, Kroatiens, Rumäniens, Mazedoniens und Montenegros sowie der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Außenministerin Ursula Plassnik und der Koordinator der Balkan-Stabilitätspakts, Erhard Busek, kamen in Salzburg zusammen, um zwei Tage lang über die Zukunft Südosteuropas zu beraten. Österreich übernimmt Ende des Jahres die EU-Präsidentschaft und sieht sich als Kontrollinstanz für die südosteuropäische Länder. Gilt es doch, wenn die Geschäfte mal wieder prächtig laufen, die Kontrolle über die Märkte zu halten. Zu diesem Zweck wurde auf der Salzburger Konferenz auch ein konkretes Modell entwickelt. Die Regierungschefs diskutierten darüber, wie man die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Südosteuropa intensivieren könne. Dabei wurde über die Schaffung einer Freihandelszone beraten. Kroatiens Premier Ivo Sanader schlug vor, das zentraleuropäische Freihandelsabkommen CEFTA auf alle Länder Südosteuropas auszuweiten. Dafür solle man die Bedingungen für eine Teilnahme an CEFTA erleichtern. Derzeit muss ein Land mindestens EU-Kandidatenstatus haben, um CEFTA-Mitglied zu werden. In Zukunft sollten dafür „institutionalisierte Beziehungen“ zur EU reichen

Dänisch-deutscher Kriegsverbrecher nicht nach Dänemark ausgeliefert

taz, 3.8. hav. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Gültigkeit des deutschen Ausführungsgesetzes zum EU-Haftbefehl betrifft nicht nur aktuell Terrorverdächtige, sondern auch mutmaßliche Nazi-Kriegsverbrecher. Dänische Gerichte hatten Anfang dieses Jahres bei der Münchner Staatsanwaltschaft ein Auslieferungsbegehren gegen einen 83-jährigen Deutschen gestellt hatte. Doch aufgrund der Entscheidung Karlsruhes wurde die Auslieferung des ehemaligen dänischen SS-Offiziers Søren Kam abgelehnt. Am 30. August 1943 wurde der Journalist Carl Henrik Clemmensen in

Lyngby erschossen. Todesschützen waren laut dem Ergebnis jahrzehntelanger Ermittlungen der dänischen Justiz der Obersturmbannführer der Waffen-SS Søren Kam und zwei weitere dänische SSler. Die Tat war Teil einer „Säuberungsaktion“, bei der Todespatrouillen der deutschen Besatzung und ihrer dänischen Handlanger im Herbst 1943 mindestens 125 Menschen brutal ermordeten. Kurze Zeit nach der Tat gab Kam vor einem SS- und Polizei-Gericht in Berlin auch zu, fünf der acht Schüsse abgegeben zu haben. Nur der SS-Mann Knud Flemming Helveg-Larsen wurde für die Tat 1946 in Dänemark verurteilt und hingerichtet. Søren Kam und der dritte Täter waren verschwunden. Nach Kriegende tauchte Kam als verdienter Soldat mit Ritterkreuz in Deutschland auf, wo ihm 1956 die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. 1971 wurde beim Landgericht München II ein Ermittlungsverfahren gegen Kam eingestellt. Man hatte Kams fadenscheinige Einlassung akzeptiert, er habe „in einem Akt solidarischer Haltung“ mit seinen Kollegen auf den schon tot am Boden liegenden Clemmensen einige Schüsse abgegeben. Dass dies mit einem Obduktionsbericht, den die dänische Justiz 1997 nach Deutschland schickte, wohl nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, änderte nichts. Søren Kam selbst sorgte dafür, dass man wieder auf ihn aufmerksam wurde. Im Oktober 1995 nahm er in Österreich mit dem Ritterkreuz an der stolzen Brust an einem Treffen der Waffen-SS teil. Journalisten stöberten ihn daraufhin in Kempten im Allgäu auf und die dänische Justiz wurde erneut aktiv. Zuletzt aufgrund des Ausführungsgesetzes zum EU-Haftbefehl.

Aufbau Ost? Hausärzte gesucht!

Handelsblatt, 19./20./21.8.05. rül. Die Abwanderung vor allem von jüngeren und besser qualifizierten Menschen aus den neuen Ländern führt offenbar auch zu einem zunehmenden Ärztemangel. Klagen über nicht mehr besetzte Arztpraxen, insbesondere in den ländlichen Gebieten, und daraus resultierende Lücken in der medizinischen Versorgung der in diesen Gebieten verbleibenden älteren Leute machen die Runde. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigungen sind in den neuen Ländern schon jetzt 609 Hausarzt- und 224 Facharztstellen unbesetzt. Bis 2010 rechnen die Vereinigungen mit 3.500 Zulassungsrückgaben allein durch Hausärzte, die ihr Rentenalter erreicht oder überschritten haben und keine Nachfolge mehr für ihre Praxis finden. In Ostdeutschland drohe ein Ärztemangel, melden die Vereinigungen. Im Wahlprogramm der Linkspartei wird deshalb u.a. eine Beteiligung der Städte und Gemeinden an regionalen „Leitbildpla-

nungen“ gefordert, die auch die ärztliche Versorgung in den Regionen sicherstellen sollen.

Krankenstand sinkt auf Tiefstwerte

BKK, 27.7. scc. Einer Mitteilung des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen zufolge – der BKK erfasst die gesundheitlichen Befunde jedes vierten Beschäftigten in der Bundesrepublik – erreichten die krankheitsbedingten Ausfalltage pro Beschäftigten 2004 mit 7,8 (2003: 8,1) einen neuen Tiefstwert. 1980 waren noch 15,7 Ausfalltage pro Beschäftigten zu verzeichnen, 1990 lag der Wert immer noch bei 15,0. Der Krankenstand sank auf 3,6% (2003: 3,7%). Der deutschen Wirtschaft brachte der Rückgang 2004 eine Ersparnis von ca. 1 Mrd. Euro. Die Zahlen spiegeln verschiedene Entwicklungen wider. Dass die Falldauer im Krankheitsfall 2004 auf durchschnittlich 11,9 Tage sank (1990: 25 Tage), erklärt sich u.a. auch aus dem Rückgang der Verweildauer in den Krankenhäusern: Sie sank seit Beginn der 90er Jahre von fast 15 auf 8,9 Tage. Trotzdem dürfte die Hauptursache in der unsicheren und bedrohten Situation vieler Beschäftigter zu sehen sein, die sich aus Angst vor Entlassung oft krank oder halbkrank zur Arbeit schleppen. Dafür spricht, dass die Zahl der Beschäftigten, die 2004 nicht einen Tag krankheitsbedingt fehlten, von 39% 2003 auf über 44% gestiegen ist.

Elterngeld: Verlust für Arbeitslose, Gewinn für Besserverdienende

DPWV, 16.8. scc. Der Paritätische Wohlfahrtsverband weist darauf hin, dass das von der SPD propagierte Elterngeld für ALG-II-Bezieher mit drastischen Verlusten verbunden wäre. Nach Vorstellungen von Renate Schmidt, SPD-Familienministerin, soll das bisherige Erziehungsgeld zu einem einjährigen einkommensabhängigen Elterngeld umgewandelt werden. Es soll etwa zwei Drittel des Einkommens des Elternteils betragen, der seine Erwerbstätigkeit unterbricht. Während hier eine Obergrenze von 1.800 Euro geplant ist, soll es für arbeitslose Eltern einen Sockelbetrag von 750 Euro geben. Nach Modellrechnungen des DPWV hätte beispielsweise ein Elternpaar mit einem Kleinkind und einem fünfjährigen Kind bei Anrechnung des Elterngelds unter dem Strich etwa 300 Euro (16%) weniger als derzeit. Der Paritätische Wohlfahrtsverband befürchtet, dass Arbeitslose das Elterngeld gut verdienender Akademiker finanzierten, wenn nicht ein Freibetrag von 300 Euro für ALG-II- und Sozialhilfebezieher vorgesehen und das Elterngeld für Arbeitslose nicht, wie jetzt das Erziehungsgeld, auf 2 Jahre ausgeweitet wird.

Zusammenstellung: scc

Eine rechte Mehrheit ...

Im Folgenden wird versucht darzustellen, wie die Strategie aussieht, um die sich eine rechts-konservative Mehrheit gruppiert. Dass diese Ziele sich erst langsam und schemenhaft abzeichnen, erspart die Aufgabe nicht, denn wie soll man bekämpfen, was man nicht versteht? Die Frage, was die Rechte zusammenhält, ist deswegen nicht leere Spekulation, sondern leitet auf die Frage hin, wie ihre gesellschaftliche Vormachtstellung anzugreifen wäre.

Während die Linkspartei, besonnen vom Schein der Umfragen, mit dem Slogan „Links kommt“ eine typische Hausse-Spekulation betreibt, verschieben sich die Basisdaten. Die Rechte kommt auf, eine Mehrheit aus CDU, CSU und FDP, die sich schon im Frühsommer zeigte, wird wieder wahrscheinlich, jedenfalls wahrscheinlich genug, um der Frage nachzugehen, was eine solche Mehrheit zusammenhält. Auch wenn die Wahl knapp ausgehen sollte, wäre es eine umfassende Mehrheit. Sie würde in der großen Überzahl der politischen und wohl auch der wirtschaftlichen Institutionen bestehen. Nur in vereinzelten Bundesländern und in einer Reihe von Gemeinden gäbe es noch linke Mehrheiten. Die Union könnte, wie es ihre Kanzlerkandidatin am 1. Juli im Bundestag und dann immer wieder sagte, „durchregieren“. Dazu braucht es nicht nur die Mehrheiten in den politischen Gremien, sondern auch freundlich gesonnene Gerichte, dienstefrige Spitzenbeamte, Beihilfe der Kirchenleute, Zuspruch aus der Welt der Wissenschaft, Zusammenspiel mit den Größen der Wirtschaft.

Diese Situation entstand aus der Kritik der Regierungspolitik, der vorgeworfen wird, die Ressourcen des Landes nicht zu mobilisieren. Durch Kritik und Polemik kann sie aber nicht stabilisiert werden. Dazu sind nur strategische Ansätze in der Lage, die von den Repräsentanten der Rechten eingesehen werden können und, wenn es so ist, auch zähneknirschend vorangetrieben. Der Streit in der Union – und Streit mit der FDP wird noch dazukommen – könnte leicht als Prozess der Zerfaserung und Aufspaltung des bürgerlichen Lagers interpretiert werden. Es wäre aber auch möglich, dass sich die mächtigen Figuren des Konservatismus grollend, aber doch entschlossen auf die ausgetüftelten Positionen begeben. Anders als die Parteien der Linken, die überwiegend vom Ideal einer Einheit ausgehen, die in mehr oder minder rationalen Diskursen hergestellt und von Spitzen hierarchisch geordneter Institutionen repräsentiert wird, müssen sich die Parteien der Rech-

ten mit dem Selbstbild des Unternehmertums abfinden, das Gehorsam im eigenen Haus verlangt, nach Außen aber sich von niemandem repräsentieren lassen will und rivalisiert. Die Anordnung eines solchen rivalisierenden Haufens zu einem so genannten Team sieht wüst aus, kann aber als konkrete Form der Einigungsprozesse der Rechten verstanden werden. Entscheidend ist, ob politische Ziele und Strategien da sind, auf die sich die Beteiligten positiv beziehen.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

Sämtliche Repräsentanten der Rechten gehen davon aus, dass die BRD im internationalen Vergleich schlechter dasteht, als das sein müsste. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass die Wirtschaft der BRD eine Krise durchläuft, in der die Erholung nicht „von selbst“ eintreten will. „Eigentlich“ müsste es so sein, dass die stillgelegten Produktivkräfte dem findigen Unternehmertum sich als ein weites Feld neuer Kombinationen und Geschäftsideen darstellen, so dass eine Neuerungskwelle entsteht, die das ganze wirtschaftliche Geschehen bis zum nächsten Niedergang mit sich reißt. Aber bereits der Entdecker dieser Theorie, Schumpeter, musste angesichts der Weltwirtschaftskrise erleben, dass eine solche Innovationswelle auch ausbleiben kann. Dann wird die Perspektive der „alten Kombinationen“, d.h. der Anlagen, der Arbeitskräfte, der Absatzmärkte düster, ohne dass sich neue Kombinationen auftun. Eine solche Stockung lässt sich dadurch erklären, dass das moderne Unternehmertum seine Innovationen nicht allein durch Kombination wirtschaftlicher Faktoren vollbringen kann. Es ist auf staatliche Vorleistungen der verschiedensten Art angewiesen. Beispielhaft hierfür der Weg der USA aus der großen Depression, der durch ein öffentlich finanziertes Innovationsprogramm aufgetan wurde. Typisch dabei ist, dass die öffentliche Hand in dieser Situation wie ein innovativer Unternehmerruftritt und Angebote ausbringt, die ihre Nütz-

lichkeit erst noch beweisen müssen.

Eine solche Lagebeurteilung wird wohl vorliegen, wenn die Union der Konsolidierung der Staatsfinanzen Vorrang einräumt. Die Verschuldung in Bund, Ländern und Gemeinden ist nämlich so hoch gestiegen, dass die öffentliche Hand nicht in der Lage ist, innovative Maßnahmen zu finanzieren. Die Union hat sich deutlich vor der Wahl und ohne Verkappung ihrer Pläne festgelegt, die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu mildern. Man darf ruhig glauben, dass die 2 Prozent, von denen die Rede ist, vor allem als Richtungsentscheidung begriffen werden müssen. Es gibt Nachbarländer, in denen ca. zwanzig Prozent gelten.

Diskutiert wird vor allem die Widmung dieser Steuererhöhung für eine Senkung der Lohnnebenkosten. Umstritten ist, ob diese Steuererhöhung den privaten Konsum senken wird. Es gibt die Meinung, dass dies nicht eintreten wird, zum einen, weil Ersparnisse aufgelöst würden, oder wenn höhere Individualeinkommen erstreikt würden oder wenn die Beschäftigung zunähme.

Was hier ganz genau politisch kommt und was daraus wirtschaftlich folgt, ist nicht vorherzusehen. Sicher ist jedoch die knallharte Entscheidung, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

Schichtenspezifische Bildungsoffensive

Von der Kostensenkungskampagne ausgenommen will die Union lediglich die Einrichtungen für Bildung und Erziehung sehen. Die Bildung als Ausbildung von Menschen zur Arbeit stellt ein Innovationsfeld des oben beschriebenen Typs dar. Institutionen, Lehrpläne, Lehrkräfte, Prüfungsordnungen, Fachrichtungen werden ausgebaut, um ein Angebot zu schaffen, in das Unternehmer greifen und es zu neuen Kombinationen zusammenfügen können – falls es sich so ergibt.

Die Union spricht bewusst von einer Vielfalt von Bildungseinrichtungen und -wegen. Dahinter steckt eine politisch-ökonomische Idee, deren Grundtenor die schichtenspezifische Reproduktion der Gesellschaft ist. Dieses politische Ziel entwickelt Brisanz und Bindungskraft, weil es mit sozialen Zielen zusammenfällt, die im Rahmen der Familie den Generationswechsel regulieren. Ein Abfallen gegenüber der Situation der Eltern wird von beiden Seiten als „Misserfolg“ erlebt, ein Aufstieg als Erfolg.

Es geht dabei nicht um die Kenntnisse usw., die das Bildungssystem vermittelt, sondern um den Status, der erzielt wird.

Als demokratische will die Gesellschaft die Chancengleichheit und Fairness im Angebot der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Vom Standpunkt der Familie aus zählt die Erhaltung und Überbietung des Status der Eltern durch die Kinder. Die Praxis



Nebelhorn, England um 1920, für den Handbetrieb. – Bei unklaren Sichtverhältnissen empfiehlt sich, laut zu tuten. *maf*

führt zu Mischsystemen, in denen das familiäre Moment begünstigt wird, weil das Familienumfeld im Bildungsprozess selbst nicht neutral wirkt. Unterstützung durch die Familie erleichtert den Schulfortschritt, und gehobenes Einkommen bzw. gehobene Vorbildung ermöglicht umfangreiche Förderleistungen der Familie.

In den letzten Jahrzehnten war die Union auf den Typus der Familie mit vom Berufsleben ausgeschlossener Hausfrau festgelegt. Diese Schranke hat die Partei durchbrochen. Ihre Bildungsvorstellungen nehmen nun auf den Zeitmangel Rücksicht, der in Familien besteht, in denen beide Elternteile den beruflichen Erfolg suchen. Nicht im selben Maße wie die Zeit fehlt in solchen Familien das Geld, und so wird erklärlich, dass eine Reihe von schikanösen und kleinlichen Kostenüberwälzungen auf „alle“ als Mittel der Steuerung schichtenspezifischer Reproduktion wirksam werden können.

Konservatismus und Gerechtigkeit

In einer wachsenden Wirtschaft ist es möglich, um faire Verteilung des Zuwachses zu kämpfen. Der Zuwachs muss denen am meisten zugute kommen, die bei der Verteilung der Chancen am schlechtesten weggekommen sind. Diese Gerechtigkeitsvorstellung hängt auch mit der Vorstellung der fairen Chance und des dementsprechenden Wettbewerbs zusammen.

Bereits stagnierende Wirtschaft führt dazu, dass sich die schwarze Null in eine Reihe leicht positiver und eben auch negativer Situationen auflöst. Wenn aber ein Wirtschaftssubjekt mit einer Einkommensminderung zurechtkommen muss, treten äußerst harte Versagungen auf. Gewohnheiten müssen aufgegeben werden. Das wird als Angriff auf die Freiheit empfunden und ist ganz was anderes als ein unerfüllt bleibender Wunsch.

Während in einer Situation des wirtschaftlichen Wachstums Grundsätze reizvoll und einleuchtend sind, die auf faire Verteilung der gesellschaftlich hinzugewonnenen Chancen zielen, wird in einer Situation der Stagnation das Interesse am Erhalt des Gewohnten mächtiger.

Die Gerechtigkeitsvorstellungen, die in dieser Situation zum Tragen kommen, können im Unterschied zu Verteilungsgrundsätzen bei Wirtschaftswachstum nicht mehr allgemein formuliert werden. Im Bereich niedriger Einkommen muss der Maßstab der Menschenwürde aufgerichtet werden. Das produziert schroffe Gegensätze, denn die saturierten Schichten der Gesellschaft müssten hinnehmen, dass ihnen „Verzicht“ und damit die Aufgabe von Lebensgewohnheiten zugemutet wird, während genau das für die schlechter gestellten ausgeschlossen wird. Sie müssten eine Verkehrung ihrer Wertordnung ertragen.

Während sich die FDPler in Gedankengänge verlaufen, dass der Reichtum bei den Erfolgreichen landen muss und Schluss, sieht der Konservatismus durchaus die Notwendigkeit, ein Minimum zu garantieren. Im Unterschied zu einem bürgerrechtlichen Ansatz, der das Minimum als eine Plattform begreift, von der aus der Mensch in der Gesellschaft agieren kann, sieht der karitative Gedanke vor, dass der Bedürftige sich in Obhut einer Aufsicht zu begeben hat, die ihn zu leben lehrt. Auf diesen Ansatz hat sich die rot-grüne Regierung mit der Übernahme der konservativen Devise Fördern und Fordern eingelassen.

Dieses Vorstellungsbild eignet sich auch sehr gut, um die Verhältnisse zwischen dem „Bund“ und dem „Osten“ einzuordnen, so wie es auch das Verhältnis der Anschlussgewinner zu den Verlierern regeln kann.

Repression und Angriff auf Arbeitnehmerrechte

Die massenhafte Armut, die mit der wirtschaftlichen Stagnation einhergeht, beginnt den Staat zu verändern. Es kommt zu einer Frontstellung zwischen den Institutionen, die die Armut verwalten, und den Klienten. In dieser Konfrontation gehen zivilgesellschaftliche Entwicklungen ein, die Jahrzehnte brauchten, um auch nur schwach zu keimen. Der Obrigkeitsstaat feiert Auferstehung. Zwischen dem Sachbearbeiter, der bewilligt, und dem Klienten, der benötigt, öffnet sich ein sozialer Abgrund, der ziemlich schnell auch die demokratische Tünche der gegenseitigen Anerkennung als Gleiche abblättern lässt.

Ähnliches zeichnet sich für die Entwicklung der Lohnkämpfe ab. Die Entrechtung der Gewerkschaften und der Rückbau der betrieblichen Mitbestimmung werden nämlich bewirken, dass für die Verteilung in den höheren, nicht tariflich bestimmten Einkommensklassen mehr übrig bleibt, wenn für den Tarifbereich die Chance schwächer wird, seinen Teil herauszuschlagen.

In beiden Fällen wird die Politik, die die Gesetze macht, von dem Selbstbehauptungswillen und der festen Absicht, auf gar nichts zu verzichten, angetrieben, der in eher sicheren bzw. höheren Einkommenslagen gegeben ist.

Unfriedliche Außenpolitik und neuer Nationalismus

Die Union plant die Zukunft der BRD als Hegemonialmacht in Europa. Sie will die BRD so stark machen, dass andere sich an ihren Erfolg anschließen können. Ähnlich, bloß mit umgekehrten Vorzeichen, will man sich mit den USA arrangieren. Das ist die Politik der Nachkriegsjahrzehnte und hört sich insofern nicht sonderlich aufregend an. Selbst wenn man davon ausgeht, dass eine schwarz-gelbe Regierung letzten Endes zum Agieren der USA in dem

ufer- und aussichtslosen „Krieg gegen den Terror“ Abstand halten würde, läuft ein Führungsanspruch der BRD in Europa heute aber darauf hinaus, die Nachbarländer im Osten als Klienten der BRD zu behandeln.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die Arbeitsmarktregulierung zu betrachten, die hinter Konzepten wie „privilegierte Partnerschaft mit der Türkei“ steht. Es geht dabei um die Erzeugung von kulturellen und tendenziell politischen Schranken für den Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildungs- und Sozialsystem der BRD.

Ausblick

Wahrscheinlich erleben wir die Herausbildung eines konservativ-liberalen, besser gesagt rechts-freiheitlich-nationalen Lagers, das durch das Bestreben der saturierten Teile der Gesellschaft zusammengehalten wird, gesellschaftlichen Rang und ökonomische Vorteile zu erhalten und möglichst störungsfrei auf die folgende Generation zu übertragen.

Diese Politik der Absicherung ist aber nicht in der Lage, den Erfordernissen zu genügen, die durch die internationale Arbeitsteilung gegeben sind. Sie setzt auf kulturelle Hegemonie statt auf Solidarität, will Vorteile der internationalen Arbeitsteilung nationalistisch monopolisieren und wird auf diesem Wege zum Hindernis der internationalen Kooperation.

Sie kann mit ihrer bestenfalls paternalistisch-bevormundenden Antwort auf die Armut den Grundwert der Menschenwürde nicht einhalten und schafft sich den autoritären Staat, der den Anforderungen der modernen Gesellschaft unelastisch gegenübersteht.

Es ist zu befürchten, dass es für eine solche Politik gleichwohl eine parlamentarische Mehrheit gibt, die schwer zu erschüttern sein wird. Allerdings sind auch die Probleme absehbar, die auf das rechte Lager zukommen.

Es wird in den Kommunen nicht mehrheitsfähig sein, besonders nicht in den großen Städten, in denen die Gegebenheiten der internationalen Arbeitsteilung interkulturelle Solidarität oder wenigstens Akzeptanz erzwingen.

Seine Politik wird für die arbeitenden Klassen nicht akzeptabel sein und fortwährende gewerkschaftliche Kämpfe nach sich ziehen.

Die Öffentlichkeit wird den christlichen Konservatismus anhand des Kriteriums der Menschenwürde prüfen.

Wenn es also zu einer schwarz-gelben Mehrheit kommt und sich das rechte Lager in Bewegung setzt, werden sich nicht nur im gesellschaftlichen Feld, im wirtschaftlichen Kampf und im Kampf um die öffentliche Meinung Gegenkräfte entwickeln, es gibt auch die Chance, in der kommunalen Politik Positionen zu halten, ja sogar Mehrheiten zu finden.

maf

Protest in Polen und neuer Rückschlag in Berlin für das „Zentrum gegen Vertreibungen“

„Eine Geschichtsrevision, der wir nicht zustimmen können“

Bei ihrem Kurzbesuch in Polen Mitte August wurde Kanzlerkandidatin Angela Merkel von polnischer Seite mit scharfer Kritik an dem von ihr unterstützten „Zentrum gegen Vertreibungen“ des „Bundesverbands der Vertriebenen“ (BdV) konfrontiert. Die Initiative des BdV sei in der geplanten Form „unannehmbar“, so Polens Ministerpräsident Kwasniewski, weil sie den Schwerpunkt auf deutsches Leid setze. „Das würde den Polen, Tschechen und anderen Nationen, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, den Eindruck geben, dass es sich um eine Art Geschichtsrevision handelt, den Versuch einer Änderung oder anderen Interpretation der Geschichte, der wir nicht zustimmen können“, betonte Kwasniewski in einem Rundfunkinterview. Außerdem befürchteten viele in Polen, dass die Vertriebenenfunktionäre Ansprüche auf ihr Eigentum aus der NS-Zeit gelten machen wollten.

Auch Politiker anderer Parteien in Polen kritisierten das Vorhaben erneut. Lech Kaczyński, Warschauer Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), forderte den Bau eines Museums in Warschau, das die deutschen Verbrechen im zweiten Weltkrieg dokumentiere. Von einer Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen in der EU könne keine Rede sein, wenn CDU/CSU und der „Vertriebenenverband“ an dem Plan festhielten.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Regierungspartei SLD, Wojciech Olejniczak, nannte das Vorhaben der Union einen „schweren Fehler“, für den polnischen Botschafter in Berlin, Andrzej Byrt, trägt das Projekt „nicht zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschland bei“. Selbst die Bürgerplattform (PO), eine Art polnische „Schwesterpartei“ der CDU, kritisiert das Vorhaben. „Der Kampf um die Erinnerung ist noch nicht beendet“, so PO-Parteichef Donald Tusk.

Berlin: Keine Kirche für das BdV-Projekt

In Berlin scheiterte derweil der BdV erneut bei dem Versuch, eine Immobilie für sein geplantes Zentrum aufzutreiben. 2003 hatte der BdV versucht, in Kreuzberg ein früheres Gasometer, während der NS-Zeit zwischenzeitlich als Luftschutzbunker genutzt und nach 1945 zeitweise Flüchtlingsunterkunft, zu erwerben. Den Antrag des BdV hatte der

zuständige Bezirksausschuss damals gar nicht erst zur Beratung angenommen. Solange keine Entscheidung der Bundesregierung vorläge, gebe es keinen Beratungs-, geschweige denn Entscheidungsbedarf, entschied er.

Letzte Woche scheiterte nun der BdV mit einem zweiten Plan. Offenbar hat der Verband ebenfalls seit 2003 in Berlin auch mit der katholischen Kirche verhandelt, um die katholische St. Michaeliskirche für sein „Zentrum“ zu erhalten.

Die katholische Kirche will diese Kirche wegen ihrer Finanzprobleme in Berlin verkaufen. Sechs Sakralbauten in Berlin sind schon verkauft oder abgegeben. Der BdV hatte offenbar versucht, einen „Erbbaupachtvertrag“ für die Kirche zu schließen, der ihm ermöglichen sollte, im Herbst 2006 mit einer Ausstellung „Das Jahrhundert der Vertreibungen“ in der Kirche zu beginnen und sie anschließend für sein geplantes Zentrum dauerhaft nutzen zu können. Diese Verhandlungen sind nun gescheitert. Kardinal Georg Sterzinsky verkündete öffentlich, „solange nicht hinreichend klar ist, was mit dem Zentrum gegen Vertreibungen gemeint ist, und solange über ein solches Zentrum kein gesellschaftlicher Konsens besteht“, könne man einer Nutzung durch den BdV nicht zustimmen. Ähnlich äußerte sich Prälat Karl Jüsten vom Katholischen Büro Berlin. Über den Inhalt einer solchen Dokumentationsstätte müsse es einen Konsens zwischen den Ländern geben. „Es darf kein Ort des Revanchismus sein.“ („Spiegel Online, 16.8.) Das ist zwar keine grundsätzliche Ablehnung eines solchen Zentrums, aber eine konkrete für St. Michael und eine Ablehnung zudem, die dem BdV auch andere katholische Einrichtungen in Berlin und Umgebung für sein Vorhaben verschließen dürfte.



Aus und vorbei

St. Michael ist die zweitälteste katholische Kirche, die nach der Reformation in Berlin gegründet wurde. Deren Dompfarrer Alfons Klick soll sich vor der ablehnenden Entscheidung des Kardinals offenbar mehrfach mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach getroffen haben, um über das Projekt zu beraten und den geplanten Erbbaupachtvertrag auszuhandeln. (Berliner Zeitung, 13./14.8.) Irgendwie waren diese vertraulichen Verhandlungen durchgesickert, und es hatte Krach gegeben – unter anderem aus dem benachbarten katholischen Polen. Die „Vereinigung polnische Treuhänder“ forderte alle polnischen Katholiken auf, in den Pfarreien eine Kollekte abzuhalten, um den Aufbau der St. Michaelskirche durch den BdV abzuwehren.

Auch der zuständige Kirchenvorstand von St. Michael opponierte gegen das Vorhaben. Thomas Motter, Mitglied im Kirchenvorstand der Domgemeinde, erklärte öffentlich, er lehne das Vorhaben des BdV grundsätzlich ab und erst recht in der Michaelskirche. „Ich halte es für übertrieben, 60 Jahre nach Kriegsende solche Wellen zu schlagen.“

SPD-Außenpolitiker Markus Meckel hatte zudem die Wahl des Gebäudes kritisiert. „Der sakrale Charakter eines Kirchenbaus verstärkte nur Befürchtungen Polens und Tschechiens vor einer ‚nationalen Gedenkstätte‘ für deutsche Vertriebene.“ (Tagesspiegel, 14.8.05)

Nach der öffentlichen Absage durch den Kardinal reagierte BdV-Präsidentin Erika Steinbach heftig. Das Verhalten Kardinal Sterzinskys sei „empörend“. Mit so einem Mann wolle sie nicht mehr verhandeln. Der BdV habe sein Vorhaben 2003 dem Kardinal persönlich vorgestellt. Seitdem habe der BdV andere reizvolle Angebote abgelehnt und „Zigtausende Euro“ in das Kirchenprojekt investiert. Nun sucht der BdV neue Räumlichkeiten für seine geplante Ausstellung. (Berliner Zeitung, 19.8.05)

FDP und Ex-Botschafter auf Distanz

Auch die FDP distanzierte sich erneut von dem Vorhaben der Unionsparteien und des BdV. Bundestags-Fraktionsvize Werner Hoyer warnte im „Tagesspiegel“, durch das Zentrum könne das „überaus sensible“ deutsch-polnische Verhältnis Schaden nehmen. Hoyer, der unter Kanzler Helmut Kohl Staatsminister im Auswärtigen Amt war, forderte, die deutsch-polnische Vergangenheit „nur gemeinsam und nicht gegen Polen auf(zu)arbeiten“. (Spiegel Online, a.a.O.)

Im Berliner „Tagesspiegel“ meldete sich am 21.8. ein weiterer prominenter Kritiker des Projekts zu Wort. Dr. Hermann Freiherr von Richthofen, Botschafter a.D., erklärte in einem Leserbrief an die Zeitung, Frau Steinbach lasse „die notwendige Empathie mit den Leiden des polnischen Volkes von 1939 bis 1945 vermissen ... Im deutsch-polnischen Jahr hätten beide Völker eine andere Haltung verdient ... Als Schlesier und Vertriebener distanzieren sich ausdrücklich von dem Vorhaben, das den Bemühungen der vielen ..., die sich über Jahre für die deutsch-polnische Aussöhnung eingesetzt haben, zuwiderläuft. Ich kann nur hoffen, dass sich das Vorhaben von Frau Steinbach so nicht durchsetzen wird.“

Der Freiherr war unter anderem deutscher Botschafter in Großbritannien, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik im NATO-Rat und zuvor unter den Kanzlern Helmut Schmidt und Helmut Kohl mehrere Jahre lang im Kanzleramt für die Deutschlandpolitik zuständig.

rül

Konflikt um iranisches Atomprogramm eskaliert

Schröders jüngster Versuch, mit Antikriegs-Rhetorik aus der Iran-Krise Kapital für die Wahlaussichten von Rot-Grün zu schlagen, ist vor allem eines: scheinheilig. Die EU, genauer die Troika aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich, die mit dem Iran jahrelang Verhandlungen über das Atomprogramm führte, ist in erheblichem Umfang mitverantwortlich für die Gefahr, dass der Konflikt in eine militärische Eskalation umschlägt.

Fakten

Anfang August hat der Iran die seit November 2004 eingefrorenen Arbeiten in der Konvertierungsanlage Isfahan – hier wird Rohuran in Gas umgewandelt, das dann in der noch nicht fertiggestellten Anlage in Natanz angereichert werden kann – unter den Augen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) wieder aufgenommen. Die EU hatte dem Iran zuvor ein neues Verhandlungsangebot vorgelegt, dessen Kern alles andere als neu war: Teheran solle auf die Herstellung von Kernbrennstäben verzichten, also die Uran-Anreicherung und sogar die Konvertierung ein für alle Mal einstellen, im Gegenzug wurden der Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, ein Handelsabkommen mit der EU und Unterstützung bei der Aufnahme in die Welt Handelsorganisation WTO angeboten. Diesem Angebot bescheinigte die iranische Regierung „Mangel an gutem Willen“ und „wenig Substanz“ und lehnte es ab, erklärte sich aber auch nach der Wiederaufnahme der Arbeiten in Isfahan zu weiteren Verhandlungen bereit, allerdings nur noch über die Anlage in Natanz. Die westliche Öffentlichkeit deutete, ziemlich einhellig, den Schritt des Iran so aus: „Mit der Wiederaufnahme der Urananreicherung hat der Iran die erste Stufe zum Nuklearwaffenbau erreicht.“¹ Die „Washington Post“, die den Demokraten nahe steht und gegen den Irak-Krieg auch mal opponiert, schrieb: „Es ist nicht länger möglich, die vom Iran ausgehende atomare Bedrohung nicht tödlich ernst zu nehmen.“ Und: „Jetzt wird jede Maßnahme, die Iran daran hindert, an Atomwaffen zu kommen, internationale Glaubwürdigkeit haben.“² Tatsächlich drohte US-Präsident Bush dem Iran postwendend in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen im Fall des Abbruchs der Verhandlungen mit der EU mit einem Militärschlag.³

Die EU setzte eine Dringlichkeitssitzung des Gouverneursrats der IAEA durch und brachte dort einen Resolutionsentwurf gegen Iran ein. Zwar hob IAEA-Generaldirektor Baradei hervor,

dass es Fortschritte beim Aufbau von Vertrauen zwischen seiner Organisation und Iran gegeben habe und dass die Aussetzung der Urananreicherung durch Iran auf freiwilliger Basis erfolgt sei⁴; zwar drängten die im Gouverneursrat vertretenen Blockfreien, insbesondere Argentinien, Brasilien und Südafrika, die fürchten, der „Fall“ Iran könne zum Präzedenzfall werden, erfolgreich auf Abschwächung der Resolution⁵ – doch schließlich verabschiedete das Gremium nach mehrtägigen Beratungen und unter erheblichem Druck durch die USA und die EU eine Resolution, mit der Iran „dringend aufgefordert“ wurde, alle Aktivitäten im Hinblick auf sein Programm zur Urananreicherung wieder auszusetzen. Am 3. September soll Baradei einen weiteren Bericht vorlegen, der zur Grundlage weiterer Entscheidungen wird. Die Westmächte wollen erreichen, dass, wenn Iran nicht nachgibt, der „Fall“ vor den UN-Sicherheitsrat kommt, der dann Sanktionen verhängen könnte.

Angesichts dieser Entwicklung ist daran zu erinnern, dass Iran Mitglied des Atomwaffensperrvertrages ist und dass ihm, wie allen 188 Mitgliedern des Vertrages, das Recht zusteht, die Atomtechnologie, zu der auch die Anreicherung von Uran gehört, weiterzuentwickeln. Mehr noch, dem Vertrag zufolge ist die Atombehörde sogar verpflichtet, alle Mitgliedstaaten beim Ausbau dieser Technologie zu unterstützen.⁶ Zu Recht weist der in deutschem Exil lebende iranische Schriftsteller und Publizist Bahman Nirumand darauf hin, dass die drei EU-Mächte mit dem Ansinnen, dem Iran als einzigem Mitgliedsland die Entwicklung der Atomtechnologie zu verwehren, und das für alle Zeiten, Maximalforderungen gestellt haben.⁷ Der Iran hatte sich mehrfach bereit erklärt, umfassende Kontrollen durch die IAEA zu akzeptieren, ständige Inspektionen ebenso wie lückenlose Überwachung durch Kameras. Die Forderung der EU hingegen bedeutet eine Diskriminierung, von der niemand erwarten konnte und kann, dass der Iran ihr zustimmt. Hinzu kommt, dass die EU-Angebote zu wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit für den Iran nicht sonderlich attraktiv sind, da vieles von dem, was für Teheran interessant sein könnte, strengen Exportkontrollen unterliegt.⁸ Die BR Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben die Verhandlungen mit Iran in eine Sackgasse geführt.

Das iranische Atomprogramm und die Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten

Nun begründen die Westmächte ihr Verlangen, dass Iran auf Urananreicherung verzichtet, damit, dass es darum gehe, eine atomare Bewaffnung des Regimes zu verhindern. Den Berichten zufolge könnte in der im Bau befindlichen Anlage von Natanz nicht nur Uran für die Herstellung von Brennstoff für Reaktoren angereichert werden, sondern auch für den Bau von Atombomben. Für die militärischen Absichten des iranischen Atomprogramms machen die Westmächte einige Indizien geltend, u.a. den geplanten Bau eines Schwerwasserreaktors und das Raketenprogramm des Iran, das nur im Zusammenhang mit Atomwaffen militärischen Sinn mache.

Aber auch im Hinblick auf diese Befürchtung hat das EU-Trio legitime Interessen des Iran grob missachtet und deshalb eine Verhandlungslösung – zumindest bisher – verbaut.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass der Iran durch die militärische Präsenz der USA und anderer Nato-Mächte in Irak, Afghanistan, Saudi-Arabien und in zentralasiatischen Staaten militä-



Auf der Website GlobalSecurity.org werden laufend Karten wie diese veröffentlicht, die weniger Auskunft über das iranische Atomprogramm als über potenzielle Ziele von Luftangriffen geben.

risch eingekreist ist. Zweitens ist das Land in allen Himmelsrichtungen von Atomwaffen umgeben. Die israelische Armee verfügt wahrscheinlich über 200 bis 300 Nuklear-Sprengköpfe und die entsprechenden Trägersysteme.⁹ Auch Pakistan ist im Besitz von Atomwaffen, schätzungsweise knapp 50, und atomwaffentauglichen Trägersystemen mit großer Reichweite. Russland gehört zu den offiziellen Atommächten. Die USA haben bis zu 50 Atomwaffen in der Türkei (Incirlik) stationiert¹⁰, und ihre Flot-

te kann jederzeit Nuklearsprengköpfe im Persischen Golf stationieren. Der Iran liegt in Reichweite dieses gesamten nuklearen Potenzials und hat aufgrund der Frontbildung der Westmächte gegen die islamische Welt allen Grund, sich bedroht zu fühlen. Dies mag ein Grund sein, warum Iran auf der Urananreicherung besteht.

Aber: „Mag sie (die atomare Bewaffnung des Iran) völkerrechtlich und machtpolitisch nachvollziehbar sein“, schrieb der Politikwissenschaftler Mohssen Massarrat im Freitag¹¹, „eine Lösung für das eigene Sicherheitsproblem wird damit nicht vorgezeichnet, denn iranische Kernwaffen werden das Wettrüsten in der Region beschleunigen – sie sind daher ebenso inakzeptabel wie Israels Atomwaffenarsenal.“ Hinzu kommt, dass sie den vielleicht letzten Schritt zur De-facto-Auflösung des Atomwaffensperrvertrages bedeuten. Ohnehin ist dieser in der tiefsten Krise seiner 35-jährigen Existenz, nachdem sich die Mitgliedstaaten auf der Konferenz im Mai auf keinen einzigen Schritt zur Abrüstung verständigen konnten, vor allem weil die USA die eigene Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung ignorieren.

Die EU hat, bisher jedenfalls, die naheliegende Lösung des Konflikts nicht gesucht und damit der Gefahr der militärischen Eskalation Vorschub geleistet. Die naheliegende Lösung besteht darin, die iranischen Sicherheitsinteressen ebenso anzuerkennen wie alle anderen in der Region, nicht zuletzt die israelischen. Der neue iranische Präsident Ahmadinejad hat in seiner Antrittsrede den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten gemacht. Dieser Vorschlag, der die Perspektive einer grundlegenden Abrüstung beinhaltet, muss aufgegriffen werden. Schritte in diese Richtung, z.B. die Einberufung und Unterstützung einer Konferenz, ermöglichten dem Iran, sich ohne Gesichtsverlust definitiv und unter internationaler Kontrolle auf die friedliche Nutzung der Atomenergie zu beschränken. Sie könnten sogar die Grundlage dafür bilden, die zahlreichen tiefen Konflikte in dieser Region friedlich zu regeln.

Die EU hat es in der Hand, die Entwicklung in eine solche Richtung zu befördern, wenn sie den Vorschlag Ahmadinejad aufgreift, ernsthaft verfolgt und die Verhandlungen in diesem Sinne fortsetzt.

Aber dafür spricht zur Zeit nicht viel. Der nächste Verhandlungstermin zwischen der EU-Troika und Iran war für den 31.8. angesetzt. Frankreich hat jedoch erklärt, dass nicht verhandelt wird, wenn der Iran die Arbeiten in Isfahan nicht einstellt. So ist sogar die Fortsetzung der Gespräche ungewiss. Während Schröder sich im Wahlkampf in billiger Antikriegs-Rhetorik übte

und sich damit scheinbar von Bushs militärischen Drohungen absetzte, sprach sich sein Verteidigungsminister Struck in New York für ein gemeinsames Vorgehen mit den USA im Iran-Konflikt aus, weil nur dadurch die „Nuklearpläne“ Teherans wirksam beschränkt werden könnten. Man sei sich einig, die Destabilisierung der internationalen Sicherheit durch das iranische Atomprogramm zu verhindern.

Unterdessen werden über die internationalen Medien verschiedenste Gerüchte kolportiert, die die Krise noch verschärfen. Der britische Guardian veröffentlichte am 18.8. einen Artikel, in dem unter Berufung auf den „Nationalen Widerstandsrat des Iran“, d.h. die Volksmudjahedin, behauptet wird, dass der Iran insgeheim Tausende Zentrifugen zur Urananreicherung baut und versteckt, vor allem in Einrichtungen des Militärs und der „Revolutionären Garden“ – mit ähnlichen Gerüchten hatten die USA und ihre Verbündeten den Krieg gegen Irak zu legitimieren versucht. Verschiedene Nachrichtenagenturen (dpa, Reuter, APA) verbreiten, Israel verfüge über detaillierte Pläne zur Zerstörung iranischer Atomanlagen und hätte den USA bereits Luftaufnahmen dieser Anlagen vorgelegt, und erinnern an die Zerstörung des irakischen Atomreaktors Osirak 1981. Auch Iran rasselt mit dem Säbel, lauter werdende nationalistische Töne gehen einher mit zunehmender Repression gegen Minderheiten. scc

- 1 Welt am Sonntag, 14.8., Das hinterhältige Spiel der Iran
- 2 Zitiert nach: Junge Welt, 10.8., Knut Mellenthin, Kriegshetzer
- 3 Freitag, 19.8., Reza Amiri, Vorkriegszeit in Mittelost?
- 4 Der Iran hatte im Oktober 2003 zugestimmt, als Zeichen seines guten Willens alle Arbeiten in der Anreicherungsanlage Natanz zu unterbrechen. Im November 2004 hatte er im so genannten „Pariser Abkommen“ sich darüber hinaus bereit erklärt, für die Dauer der Verhandlungen mit der EU auch die Arbeiten in Isfahan einzufrieren.
- 5 So wurde auf ihre Initiative ein Passus eingefügt, der an die Einschätzung Baradeis erinnert, der zufolge alles vom Iran deklarierte nukleare Material registriert und nichts davon zu verbotenen Zwecken verwendet wurde. Nach: Standard, 13.8.
- 6 In Artikel IV des Vertrags wird die „Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke“ als „unveräußerliches Recht aller Vertragsparteien“ bezeichnet. Deshalb ist die Aussetzung der Urananreicherung, wie im Pariser Vertrag vereinbart, auch keine rechtliche Verpflichtung, sondern eine vertrauensbildende Maßnahme auf freiwilliger Basis.
- 7 Interview mit der Netzzeitung, 10.8.
- 8 Oliver Thränert, Die iranische Bombe verhindern, Der europäische Weg. www.swp-berlin.org/brennpunkte/dossier.php?id=2487
- 9 Freitag, 12.8., Mohssen Massarrat, Befreiungsschlag in letzter Minute?
- 10 Nach: <http://www.atomwaffena-z.info>
- 11 Freitag, 12.8., Mohssen Massarrat, Befreiungsschlag in letzter Minute?

Anhaltende Proteste in den kurdischen Gebieten Irans

Seit mehr als einem Monat dauern schwere Auseinandersetzungen in den kurdischen Gebieten Irans an. Am 9. Juli hatten Einheiten der „Revolutionsgarden“ eine Gruppe kurdischer Jugendlicher in der Stadt Mahabad ohne Warnung angegriffen. Sie eröffneten das Feuer und verhafteten anschließend die teils schwer verletzten jungen Männer. Der bekannte kurdische Menschenrechtsaktivist Shivan Qaderi wurde in Polizeihaft gefoltert und getötet, seine Leiche an ein Auto gebunden und durch die Straßen geschleift. Seither gehen in vielen kurdischen Städten Jugendliche auf die Straße, um eine Untersuchung der Todesumstände Qaderis sowie die Bestrafung der Täter zu fordern. Zunehmend richten sich die Proteste über die Ereignisse in Mahabad hinaus generell gegen die wachsende Repression, die den kurdischen Alltag prägt. Auch auf die jüngste Protestwelle reagiert die iranische Führung mit deutlich größerer Härte. Berichten kurdischer Organisationen zufolge wurden von Mitte Juli bis Anfang August rund 20 Kurden getötet und mindestens 300 verletzt. Zu den bisher schwersten Auseinandersetzungen kam es in der Kleinstadt Sakez an der irakischen Grenze, wo nach Augenzeugen am 3. August 13 Demonstranten getötet und mehr als 70 verletzt wurden.

Die kurdischen Gebiete stehen de facto unter Ausnahmerecht. Die größeren Städte sind Augenzeugenberichten zufolge von „Revolutionsgarden“ umzingelt. Viele Menschen sind verhaftet, darunter die Frauen- und Menschenrechtlerin Roya Toluji und der Journalist Edjal Ghawami. Die kurdische Presse unterliegt heftiger Repression. Die beiden Zeitungen Asou und Achi wurden geschlossen und einige Journalisten verhaftet.

Dennoch gehen die Proteste weiter. Organisationen anderer Minderheiten, so Vertreter der Araber in Ahwaz, erklären ihre Solidarität. Nasser Ban-Assad von der British Ahwazi Friendship Society erklärte: „Das Regime zerbröselt an seiner Peripherie. Wir sind solidarisch mit unseren kurdischen Landsleuten, wie sie es im April mit unseren Aufständen waren.“ Auch in Balutschistan im Osten Irans kam es in den letzten Monaten zu Protesten gegen die Schließung von Schulen und sunnitischen Moscheen.

Quelle: Thomas Schmidinger, wadi wien, NZZ, 9.8.



Die Verhandlungen zwischen der Transportarbeitergewerkschaft T&G und dem Catering-Unternehmen Gate Gourmet über die Wiedereinstellung entlassener Beschäftigter auf dem Flughafen Heathrow, London, sind Mitte August vorerst gescheitert. Am 10. August hatte das zu einem US-Konzern gehörende Unternehmen rund 800 Beschäftigte entlassen; während Gewerkschaftsvertreter noch mit der Geschäftsleitung sprachen, erhielten zur Spätschicht eintreffende Arbeiter die Kündigung, Kranke und Beschäftigte im Urlaub wurden schriftlich von ihrer Entlassung in Kenntnis gesetzt. Stattdessen stellte Gate Gourmet 120 Niedriglöhner mit Zeitarbeitsverträgen ein. Hintergrund dieser brutalen Entlassungsaktion ist der Versuch des Unternehmens, Betriebsverluste durch Lohnsenkung auszugleichen. Da gleichzeitig die Gehälter der Manager erhöht werden sollten, stimmte die T&G dem vorgelegten Sanierungsplan nicht zu. Allerdings hatte das Unternehmen offensichtlich die Kampfbereitschaft der Betroffenen und vor allem die breite Solidarisierungswelle unterschätzt. Die Beschäftigten von Gate Gourmet traten am 10. und 11. August in den Streik, dem schlossen sich rund 1000 Gepäckträger, Busfahrer und Frachtarbeiter von British Airways an. Die Fluggesellschaft musste 700 Flüge streichen, mehr als 100.000 Passagiere saßen fest. Auch scheiterten Versuche, Mahlzeiten für die Passagiere über Catering-Unternehmen von anderen Flughäfen zu besorgen. So weigerten sich die Beschäftigten von LSG Sky Chefs in Dänemark und Norwegen, Mahlzeiten in Flugzeuge nach Heathrow zu bringen, Gewerkschaften aus den USA, Norwegen, Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Spanien, Frankreich, der Türkei und Australien sagten ihre Unterstützung für die Beschäftigten von Gate Gourmet zu. Doch noch ist die Wiedereinstellung der Entlassenen nicht durchgesetzt. British Airways, dessen Geschäftsleitung die Solidaritätsstreiks als „unerhört“ bezeichnete, kündigte unterdessen an, gegen die Beteiligten am Solidaritätsstreik wegen „Nötigung“ ermitteln zu lassen. (Bild: www.iuf.org/de)

Geheimdienst- und Militär-infiltration in Westafrika

Die in aller Stille errichtete US-Abhörstation im algerischen Tamanrasset ist einsatzbereit. Rund 400 US-Soldaten sind inzwischen dort beschäftigt, 1000 sollen es werden. Ziel der Station ist, Al-Qaida-Aktivitäten in Westafrika zu überwachen. Die Inbetriebnahme geht mit der Entsendung von US-Soldaten in zahlreiche westafrikanische Länder einher. Wie die Zeitung Die Welt berichtet, wurde im „US-Kommando Europa“ in Stuttgart eine „Transsahara-Antiterror-Initiative“ ins Leben gerufen, die genau diesem Zweck der Entsendung von US-Soldaten dient, von Mauretanien bis in den Niger. Laut der Washington Post betragt der Etat für die „Initiative“ im Jahr 2005 16 Mio. Dollar, von 2007 bis 2011 sollen es 100 Mio. sein. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch Berichte über die Alliance Base, einem Zentrum der Anti-

Terror-Zusammenarbeit in Paris, in dem US- und französische Geheimdienste ihre Antiterror-Maßnahmen für eine Vielzahl von Ländern koordinieren. Auch andere Geheimdienste sind dabei: unter anderen deutsche, denen auf deutschem Boden die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten gesetzlich untersagt ist. (Quelle: Welt, 3.8., unter Berufung auf Washington Post)

USA: Über 1000 Mahnwachen für den Abzug aus dem Irak

Erst wenn Bush ihr Rede und Antwort stehe, warum ihr Sohn im Irak habe



sterben müssen, will Cindy Sheehan die Mahnwache an der einzigen Zufahrtsstraße zur Ranch, auf der der US-Präsident seinen fünfwöchigen Urlaub verbringt, beenden. Ihre Aktion, die über die zahllosen Journalisten, die um die Bush-Ranch herumhängen, erhebliche Öffentlichkeit erfährt, hat der US-Friedensbewegung erneuten Auftrieb gegeben. Über 1000 Solidaritätsmahnwachen finden derzeit über die Bundesstaaten hinweg statt (Bild: Los Angeles). Über 1.800 US-Soldaten sind inzwischen im Irak gefallen. Die Regierung fürchtet vor allem, dass die Protestaktionen Anfang September auf die Schulen und Universitäten übergreifen. Dann sind die Ferien beendet und die Militärrekrutierer an den Colleges und High Schools unterwegs, um Nachschub für die Besatzungsmaschinerie zu organisieren.

Im Zeichen des Anti-Terror-Kampfes liquidiert die britische Regierung Menschenrechte

Die Pläne der britischen Regierung zur Verschärfung des „Anti-Terror-Kampfes“ stoßen auf Kritik insbesondere bei der islamischen Gemeinde und Menschenrechtsorganisationen, aber auch bei den Liberaldemokraten und in Teilen von Labour. Im Zentrum der Kritik steht die Absicht, religiöse Fundamentalisten islamischen Glaubens auszuweisen, und zwar auch in Länder, in denen Folter an der Tagesordnung ist. Auch sollen so genannte Hassprediger mit britischer Staatsangehörigkeit wegen Landesverrats angeklagt werden können. Beabsichtigt ist, Moscheen, Buchläden und Websites, die „aufhetzende Schriften“ verbreiten, zu schließen. Ferner will die Regierung offensichtlich Sondergerichte einführen und die Strafprozessordnung tiefgreifend ändern. Demnach sollen Verdächtige zukünftig durch Beschluss eines Sonderrichters, ohne die sonst üblichen Geschworenen, bis zu drei Monaten ohne Anklage festgehalten werden können, bisher konnte die Polizei Verdächtige bis zu zwei Wochen festhalten. Blair erklärte ausdrücklich, Gesetzesänderungen auch dann durchsetzen zu wollen, wenn sie gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Für den 3. September rufen zahlreiche Institutionen der islamischen Gemeinde, Menschenrechtsgruppen und Friedensorganisationen zu einer Demonstration gegen Abschiebungen und die Duldung von Folter auf. Konkreter Anlass ist die erneute Verhaftung von zehn Männern, darunter auch solchen, die unter polizeilicher Kontrolle stehen, und ihre geplante Abschiebung nach Algerien oder Jordanien.

Zusammenstellung: scc

WUNSIEDEL. Rund 2000 EinwohnerInnen beteiligten sich mit einem „Tag der Demokratie“ an Veranstaltungen und Aktionen gegen Neonazis. An fast fünfzig Ständen stellten sich die unterschiedlichsten Vereine, Organisationen und Parteien vor. Mehr als 100 Anwohner hatten eigene Demonstrationen gegen die Nazis vor ihrer eigenen Haustür angemeldet. Sie riefen zu dauerhaftem Engagement gegen Rechts auf. Außerdem folgten rund 2000 Menschen den bundesweiten Aufrufen von Antifagruppen und führten eine lautstarke Demonstration durch. Da die Nazis hier erstmals keinen Erfolg vor Gericht hatten, wichen sie in andere Städte aus. In Nürnberg protestierten dagegen 1500 Menschen mit Unterstützung der Stadt, die ihren Verbotsantrag gegen die Ersatzveranstaltung in Nürnberg vor Gericht nicht durchsetzen konnte. In weiteren Städten, wie Jena, Magdeburg, Weißenfels, Burg, Berlin, Peine, Celle, Ingolstadt, München gab es Auseinandersetzungen. Unter dem Motto „Laut gegen Nazis“ begannen Popstars in Wunsiedel eine mehrwöchige Konzerttournee. Sie verläuft mit Musikern wie Extrabreit und Afrob durch zehn weitere Städte. *Presseschau bei www.antifa-freiburg.de – baf*



Bilder: www.infofadenludwigsburg.de und <http://ainfos.de/gallery>

Gedenken an Hiroshima – weitere Beitritte bei Mayors for Peace

NÜRNBERG. In bundesweit mehr als 200 Veranstaltungen gedachten Friedensgruppen und kirchliche Organisationen der Atombombenopfer in Hiroshima und Nagasaki vor 60 Jahren. In 50 Städten und Gemeinden veranstalteten Gruppen eine „Nacht der 100.000 Kerzen“. Die Oberbürgermeister von Jena, Kassel und Nürtingen sind anlässlich des Jahrestages dem weltweiten Verband „Mayors for Peace“ beigetreten, und zahlreiche deutsche BürgermeisterInnen haben der Opfer gedacht. Interviews mit Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper sowie der IPPNW-Sprecherin Ute Watermann und -Abrüstungsexpertin Xanthe Hall wurden zum Thema veröffentlicht. Die IPPNW-Studierende führten in Berlin, Tallinn (Estland), St. Petersburg (Russland), Naigpur (Indien), Vancouver (Kanada) die Street-Action „Target X“ durch, wo sie Passanten über die medizinischen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes aufgeklärt haben.

www.atomwaffenfrei.de

Keine Aus-Lagerung von Flüchtlingen aus Hamburg!

HAMBURG. Der Hamburger Flüchtlingsrat wendet sich dagegen, dass die Hansestadt Flüchtlinge zukünftig in der Zentralen Aufnahmeestelle (ZAST) Mecklenburg-Vorpommern unterbringen will. Ende 2006 läuft der Pachtvertrag mit dem Containerschiff „Bibby Altona“, seit langem die Zentrale Erstaufnahme-Einrichtung in Hamburg, aus. Doch statt neue Räumlichkeiten auf Hamburger Gebiet zur Verfügung zu stellen, will der Senat die Flüchtlinge in

ein Lager in Horst nahe Boizenburg an der Elbe, fernab jeder größeren Stadt und damit von notwendiger Infrastruktur wie Beratungsstellen, Rechtsanwälten, Schulen, Ärzten, Krankenhäusern etc. abschieben. Die geplante länderübergreifende Erstaufnahme von Flüchtlingen stellt bundesweit einen Präzedenzfall dar, und der Flüchtlingsrat befürchtet, dass Flüchtlinge künftig auch aus anderen Stadtstaaten ausgelagert werden. In der rigorosen Abschiebepolitik und der geplanten Auslagerung von Flüchtlingen nach Mecklenburg-Vorpommern sieht er den Versuch, Hamburg zur „flüchtlingsfreien Stadt“ zu machen. *lbhh*

Aktion der Bürgerinitiative Rettet die Klinika: „Die Geier kreisen“

GIEßEN. In Zusammenarbeit mit dem Personalrat des Klinikums fand am 9. August in Gießen vor der Klinikumskantine die Aktion „Die Geier kreisen“ statt. Anlässlich der ersten Besichtigungstermine der interessierten Betreiber am 10. August in Marburg und am 11. August in Gießen galt es noch eingeklärt haben.



mal, Patientinnen und Patienten auf die Risiken und Nebenwirkungen einer Privatisierung des Klinikums aufmerksam zu machen und die Beschäftigten über den Stand der Dinge zu informieren. Mit verschiedenen Transparenten, Flugblättern und den neuen Aufklebern „Rettet die Klinika – Gesundheit ist keine Ware“ waren die Aktivisten und Aktivistinnen gut gewappnet.

Das Land hat die Unikliniken mit fast 9500 Beschäftigten Anfang Juli zusammengeführt und will sie zum 1. Januar – bundesweit erstmalig – in private Hände geben. Das Wissenschaftsministerium zieht sich mit dem Hinweis aus der Diskussion, die Abwicklung laufe über die Unternehmensberatungsgesellschaft KPMG. Die Gewerkschaft ver.di hat am 11. August Verfassungsbeschwerde eingelegt. Sie richtet sich gegen die gesetzlich festgeschriebene Überleitung der Beschäftigungsverhältnisse vom bisherigen Arbeitgeber (Land Hessen) zum neu entstandenen Universitätsklinikum Gießen und Marburg. 138 Beschäftigte klagen gegen diesen Wechsel. www.attac.de/klinika

ASTa will nicht zum Agenten des Verfassungsschutzes werden

POTSDAM. Die Universität Potsdam ist seit neuestem verpflichtet, wie andere Behörden, Betriebe und Landeseinrichtungen des Landes Brandenburg, „von sich aus die Verfassungsschutzbehörde über die ihnen bekannt gewordenen gewaltgeneigten extremistischen Bestrebungen zu unterrichten“. Grund dafür ist das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz, das am 24.05.05 von der schwarz-roten Koalition geändert wurde. Nun verlangt das Rektorat auch vom Allgemeinen Studierendenausschuss der Uni Potsdam, Informationen über „gewaltgeneigte extremistische Bestre-

bungen“ und „personenbezogene Daten“ (wie z.B. Name, Adresse, Telefon etc...) mündlich oder schriftlich an das Dezernat 3 zu leiten. Der AStA-Referent für Internationales stellt dazu klar: „Ausländische Studierende müssen täglich (auch an der Uni) gegen sozialen Ausschluss kämpfen. Ein solches Gesetz wird diesen Ausschluss und damit auch den Rechtsextremismus im Land Brandenburg weiter verstärken. Wir, Mitglieder des AStA, sind Studierende und keine Agenten des Verfassungsschutzes. Wir wehren uns gegen derartige Angriffe gegen per Grundgesetz geschützte Meinungsfreiheit an der Uni Potsdam, und halten die Weitergabe von personenbezogenen Daten für grundrechtswidrig und gefährlich.“

www.asta.uni-potsdam.de

Aufruf: Keine Entwarnung! Aktiv gegen Rechtsextremismus!

BERLIN. Mit einem überparteilichen Aufruf will Gesicht Zeigen! in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Zentrum und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verhindern, dass das Problem des Rechtsextremismus im gegenwärtigen Bundestagswahlkampf untergeht: „Mit dem Aufruf ‚Keine Entwarnung: Gegen Rechtsextremismus – Für eine vielfältige, demokratische Gesellschaft‘ wollen wir die PolitikerInnen dazu ermahnen, dieses Thema im Wahlkampf verantwortlich zu behandeln und auch nach der Wahl dieses Problem nicht zu vergessen, sondern zusätzlich durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen. Da im bevorstehenden Wahlkampf einzelne Appelle drohen unterzugehen, benötigen wir möglichst viele Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.“

www.gesichtzeigen.de

Am 11. September in Berlin: Tag der Mahnung 2005

BERLIN. Neben Ausstellungen und verschiedenen Kulturbeiträgen gibt es Veranstaltungen: Um 11 Uhr Eröffnungskundgebung vor dem Werner-Seelenbinder-Stadion in Neukölln mit Kurt Goldstein (Teilnehmer der Kundgebung am 9.9.1945), Arbeiter- und Veteranenchor Neukölln, anschließend Fahrradkorso zu Orten von Verfolgung und Widerstand und zum Marx-Engels-Forum. 13 Uhr Eröffnungsredner Michael Vanderborcht aus Belgien, Präsident der Federation International de Résistance (FIR). Gegen 15 Uhr Podiumsdiskussion Erinnerung für die Zukunft – Gegen deutschen Opfermythos mit: Kurt Goldstein (Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees und VVN-BdA), Michael Klundt (Politikwissenschaftler), Dr. Andreas Nachama (Direktor der Stiftung Topographie

des Terrors), Tobias Pflüger (Europaabgeordneter, Vorstand Informationsstelle Militarisierung), Andreas Schumann (Antifaschistische Linke Berlin).

<http://berlin.vvn-bda.org>

Initiativen konfrontieren Parteien mit Forderungen gegen Abschiebung

BERLIN. Für die Forderungen: Schluss mit entwürdigenden Lebenszuständen in Deutschland, rassistischen Sondergesetzen und Abschiebungen! Bleibe-recht für alle – jetzt sofort! Unsere Agenda heißt: Kampf um alle Rechte! setzt sich das Bündnis „Stopp Abschiebungen“ ein und will deshalb am 9.9. von 10 bis 17 Uhr eine Busfahrt zum Besuch der Parteizentralen in Berlin durchführen. Unterstützt wird diese Aktion vor der Bundestagswahl durch Alliance of Struggle, Allmende, Anti-Colonial Africa Conference, ARI, BBZ, Dest-dan, FIB, Flüchtlingsrat-Berlin, FrauenRechtsBüro e.V., Initiative gegen Abschiebehaft, Initiative gegen Chipkartensystem, Karavane, Navenda Kurda, Plataforma, Respect, The Voice.

www.thevoiceforum.org

Bundesweiter Aktionstag gegen Hartz-Gesetze am 5. September

BERLIN. Am Montag, den 5. September, soll in möglichst vielen Städten mit Demos, Kundgebungen, Info-Tischen und Aktionen gegen die grundfalsche Richtung der „Hartz-Gesetze“ protestiert und für einen Richtungswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geworben werden. Dies haben die „sozialen Bewegungen“ auf dem Sozialforum in Erfurt Ende Juli auf Vorschlag des „Aktionsbündnis der Sozialproteste“ verabredet. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen unterstützt diesen Aufruf: „Bei der Wahl am 18. September geht es darum, die Kräfte im Parlament zu stärken, die für die Interessen der Millionen Menschen eintreten, die auf Lohnarbeit und Sozialleistungen angewiesen sind. Wer aber nur seine Stimme abgibt und seine Interessen an eine Partei delegiert, kann nicht gewinnen. Eine andere Politik wird nur durchzusetzen sein, wenn über den Wahltag hinaus Menschen aufstehen, sich aktiv einmischen und für eine solidarische Gesellschaft streiten – zum Beispiel am 5. September!“

www.erwerbslos.de

Weißes Band als Symbol für den gemeinsamen Kampf gegen Armut

BERLIN. Die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ steuert einem weiteren Höhepunkt entgegen: Am 9. September soll ein zwei Kilometer langes weißes Band mit mehrere hunderttausend Unterschriften und Botschaften durch Berlin gezogen werden, präsentiert von meh-



rerer hundert Menschen. Dem Bundeskanzler werden alle Stimmen gegen Armut überreicht bevor er wenige Tage später zur UN-Generalversammlung nach New York reist. Das weiße Band ist das Symbol für die gemeinsame globale Kampagne zur Überwindung der Armut. Am ersten „White Band Day“ Anfang Juli war es hunderttausendfach in vielen Ländern der Welt zu sehen – ebenso wie es unzählige Menschen am zweiten „White Band Day“ im September tragen werden. Und auch sonst – bei Konzerten, bei Veranstaltungen, in der Schule – kann es jederzeit als Zeichen der Verbundenheit mit der Aktion präsentiert werden.

www.weltweite-aktion-gegen-armut.de

Hilfreich zur Bundestagswahl 2005: kandidatenwatch.de

BERLIN. Mehr als 1.500 Kandidaten bewerben sich um ein Direktmandat für den Bundestag. Ihre Gesichter kennt man von Wahlplakaten, aber über die Person oder die politischen Ziele eines Kandidaten weiß man kaum etwas. Der Verein „Mehr Demokratie“ hatte da eine sehr gute Idee und legte zusammen mit abgeordnetenwatch.de, einem „Kind“ des neuen Hamburger Wahlrechts, die überparteiliche Plattform kandidatenwatch.de an. Hier kann man die Kandidaten im Wahlkreis kennenlernen, sie befragen oder Forderungen an sie stellen, die Antworten dazu lesen und sich eine ausgereifere Meinung bilden. Wer diesen Wählerservice unterstützen möchte, kann Spenden überweisen an Mehr Demokratie e.V. Konto Nr.: 88 707 07 – BfS-Bank / BLZ 700 205 00 – Stichwort: „kandidatenwatch“.

Zusammenstellung: baf

+++ **Wir machen
TAMM TAMM** +++ **Mach
mit!** +++

TAMM TAMM – Künstler informieren Politiker

121 Künstler/-innen übernehmen Patenschaften für die 121 Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft

Am 12. Februar 2004 folgt die Hamburger Bürgerschaft der Aufforderung des Senats vom Januar und stimmt der Errichtung des „Internationalen Schiffahrts- und Meeresmuseum Peter Tamm, Hamburg“ zu. Der Beschluss wurde ohne Gegenstimmen gefasst (die Abgeordneten der GAL enthielten sich). Für die größte maritime Privatsammlung, bestehend aus 25.000 Schiffsmodellen, Hunderten von Uniformen, Marinegemälden und anderen Exponaten, stellt die Stadt Hamburg mietfrei ein Gebäude zur Verfügung und verpflichtet sich darüber hinaus, 30 Millionen Euro für den Ausbau des Museums im historischen Kaispeicher B und die Aufbereitung der Sammlung zu bezahlen.

**!!! Jede/r, der/die das Konzept
gut findet, ist herzlich eingeladen
mitzumachen !!!**

**Anmeldung unter:
anti.tamm@gmail.com**

Zeitplan

**Juli und August Vorbereitung
Realisierung 22. August bis
23. September 2005**

**Gemeinsames Auftreten mit großer
PR-Aktion, geplant für 23.9.2005**

+++ **Wir machen TAMM TAMM** +++
Mach mit! +++

Dorothea Carl, Jens Huckerriede, Jokinen, Prof. Michael Lingner, Karin Haenlein, Susanne Amatosero, Irina Linke, Daniela Lehmann Carrasco, Monika Wucher, Christof Rauch, Hans-Jörg Kapp, Käthe Haase-Hornstein, Birgit Helms, Elke Suhr, Barbara Lang, Cornelia Sollfrank, Ania Corcilus, Janine Sack, Prof. Kurd Alsleben/ Prof. Antje Eske, Tatjana Beer, Dr. Ute Vorkoeper, Milo Lohse, Malte Steiner, Jan Holtmann, Chris Köver, Thomas Lörtsch, Karl-Heinz Dellwo, Berndt Jasper/ Moka Farkas, Frank Hesse, Andreas Bracht, Armin Chodzinski, Andreas Baumgart, Prof. Dr. Elke Bip-



Abgesehen davon, dass die Qualität der Sammlung von Experten angezweifelt wird und Kritiker befürchten, dass die vielen Exponate aus der Nazizeit das geplante Museum zur Anlaufstätte für Militaria-Fans und Neonazis machen, bedeuten die mit Tamm geschlossenen Verträge einen Skandal.

Der Bestand der Sammlung wurde einer privaten Stiftung übereignet, deren Direktor der Sammler ist. Dem Stifter Peter Tamm wird eine rundum autokratische Stellung garantiert. Das ist für ein öffentlich gefördertes Museum nicht angemessen. Die Art und Weise, wie und wie schnell dieses Projekt ohne jede öffentliche Diskussion und ohne Gegenstimmen in der Bürgerschaft durchge-

zogen wurde, verdeutlicht ganz klar die Tendenzen der neuen Kulturpolitik:

- Fragwürdige Private-Public-Partnerships werden zum einseitigen Vorteil der privaten Partner geschlossen.

- Der vorherrschende Kulturbegriff erhebt Quote und Besucherzahlen – also Quantität – zum Maßstab.

- Zugunsten populistischer Großprojekte (Leuchttürme) werden differenzierte, experimentelle und schwierigere Formen von Kunst und Kultur vernachlässigt.

- Trotz leerer Kassen wird eine große Summe öffentlicher Gelder für ein fragwürdiges Projekt eines Privatsammlers zur Verfügung gestellt. Bisher musste jedes Museumsvorhaben ausnahmslos ein stichhaltiges Konzept vorlegen, um gefördert zu werden. So nicht Herr Tamm, über dessen Museumskonzept nicht einmal die Entscheidungsträger Bescheid wissen.

Im Juni 2004 werden alle Verträge von Kultursenatorin von Welck und Finanzsenator Peiner unterzeichnet. 14 Tage nach Vertragsunterzeichnung wird der Tamm-Stiftung die erste Rate in Höhe von 15 Millionen EUR überwiesen. Ein Finanzierungskonzept, das den laufenden Betrieb des Museums, der mit drei Millionen Euro veranschlagt wird, gibt es (bis heute) nicht. Befürchtungen liegen nahe, dass im Fall fehlender Sponsoren die öffentliche Hand wird aushelfen müssen.

Im April 2005 veröffentlicht eine Autorengruppe des Informationskreises Rüstungsgeschäfte in Hamburg mit dem Pseudonym Friedrich Möwe die Materialsammlung „Tamm-Tamm“, die Hintergrundinformationen zur Person Peter Tamm, zur Qualität seiner Sammlung und seinen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen liefert. Die Publikation wird unterstützt von der GEW und dem Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite

pus, Harald Finke, Meike Richter, Julian Rohrer, Virtuella, Uta C. Hoffmann, Chrisdian Wittenburg, Agnes Handwerk, Dorothea Koch, Heike Breitenfeld, Niko Bischoff, Claus Mewes, Sibylle Bauriedl, Klaus Störtebecker, Nana Petzet, Olafur Gislason, Oliver Goernandt, Wanda Wiczorek, Ole Frahm, Anton C. Kunze, Reimund Samson, Tranquillium, Hartmut Gersch, DG Reiss, Katharina Kohl, Durbahn, Dr. Ulrike Bergermann, Petra Lange-Berndt, Dietmar Rübel, Kerstin Brandes, Sibylle Peters, Herbert Hossmann, Klaus Staeck, Prof. Helke Sander, Adam Jankowski, Viola Kiefner, Stefan Exler, Ute Klapschuweit (Stand 16.8.2005)

Tamm-Tamm

**Eine Anregung zur öffentlichen
Diskussion, Friedrich Möwe**

Printpublikation incl. CD-ROM mit umfangreicher Dokumentation sowie Bildmaterial der Sammlung

**GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359
Hamburg**

t (0 40) 43 18 88 20

f (0 40) 43 18 88 21

eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

EUR 5, ISBN 3-938372-03-6

Abrüstung e.V. Damit liegen der Öffentlichkeit erstmals umfassende und konkrete Informationen vor. Die Fakten sind schockierend. Eine Fotodokumentation der Ausstellungsobjekte und ihrer Präsentation in der Tamm'schen Elbchausseevilla können keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass es sich nicht um ein harmloses Schiffsmodellmuseum handelt, das den Spieltrieb von Kindern und Erwachsenen befriedigen und eine touristische Attraktion zum Nutzen der Hansestadt sein könnte. Zu erwarten ist ein mit Kriegswaffen und Nazikitsch bestücktes, die Brutalität von Seekriegen verherrlichendes Sammelsurium. Wie konnte es zu diesem kultur-, finanz-, und gesellschaftspolitischen Skandal kommen? Wie kommt die Hamburger Kulturpolitik dazu, ein Privatmuseum zu finanzieren, für das es kein stichhaltiges Konzept gibt? Warum meint man, den privaten Spleen eines Militaria-Sammlers durch staatliche Anerkennung und Förderung nobilitieren zu müssen?

Diesen Fragen gehen nun Hamburger Künstler/-innen und Kulturschaffende in der Aktion „Künstler informieren Politiker“ nach. Die Aktion setzt bei den politisch Verantwortlichen des Skandals an, den Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft. Die Künstler/-innen gehen davon aus, dass die Abgeordneten in Unkenntnis der Sachlage dem Museumsprojekt zugestimmt haben. Wie sonst könnte man diese Entscheidung erklären? Die Künstler versuchen diesem Missstand entgegenzuwirken, indem sie die Abgeordneten nun informieren. Für jede/n Abgeordnete/n der Bürgerschaft wird von einem Hamburger Künstler/in eine Patenschaft übernommen. Der Pate oder die Patin besorgt für seine/n Abgeordnete/n die Informationsschrift „Tamm-Tamm“, lässt es ihr/m zukommen und versucht anschließend einen Austausch über das geplante Museum. Diese persönlichen Begegnungen zwischen je einem Künstler/-in und einer/m Abgeordneten sollen in einer vom Künstler frei gewählten Form dokumentiert werden. Alles von Zeichnung, über Fotografie zu Video oder einem Gedicht oder Text ist denkbar. Die Liste der Künstler/innen sowie die der Abgeordneten und das Ergebnis des Treffens werden auf einer Website zusammengeführt.

Das Ziel der Aktion ist, die öffentliche Diskussion über das Tamm-Museum – wie vom Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg mit der Publikation „Tamm-Tamm“ angeregt – auszudehnen. Die Künstler/-innen legen dabei den Schwerpunkt auf seine kulturpolitischen Implikationen. Durch wachsenden öffentlichen Druck hoffen die Künstler/-innen das Museum in seiner geplanten Form verhindern zu können

Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 17

Gläubiger der Gläubigen fragen:

Wer bezahlt eigentlich den Weltjugendtag ?

Wer diese Frage überflüssig findet, weil doch wohl selbstverständlich sei, dass eine reiche Veranstalterin wie die eine heilige katholische Kirche ihr Jugendfestival allein finanziere, liegt leider völlig schief. Trotz der täglich verkündeten Armut der Städte und Gemeinden, die dazu führt, dass kommunale Sozialeinrichtungen geschlossen werden, lässt es sich die Stadt nicht nehmen, einen nicht unbeträchtlichen Teil der Kosten des christ katholischen Megaevents großzügig finanziell zu unterstützen.

Nach eigenen Angaben der Veranstalter in ihrer Broschüre „Sommerzeit – Zeitung für das Erzbistum Köln“ werden die zusätzlichen Aufwendungen enthalten, die der Stadt für den zusätzlichen Aufwand (Einrichtung von Mas-

Einnahmen gedeckt werden.

Allerdings ist natürlich denkbar, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, dass am Ende der Veranstaltung ein Gewinn erwirtschaftet wurde, der zur Rückzahlung von Zuschüssen an die öffentliche Hand dienen könnte. Auch diese an sich gute Idee hat leider keinerlei Chance auf Verwirklichung: Die Deutsche Bischofskonferenz hat für den WJT ein Darlehen von 26 Mio. Euro bewilligt, dass von den Diözesen stammt. In der Natur von Darlehen liegt es, dass sie keine milden Gaben sind, sondern zurückgezahlt werden müssen. Sollte die Veranstaltung also Gewinn abwerfen, werden daraus die Schulden an die Diözesen beglichen. Die öffentlichen Gelder sind dagegen ein verlorener Zuschuss.



senquartieren in Schulen, zusätzliche Reinigungsarbeiten, verstärkter öffentlicher Nahverkehr usw.) entstehen. Es wäre interessant zu erfahren, wie hoch genau die WJT-Kosten für die Stadt Köln sind und ob sie durch zusätzliche

FAZ-Bild vom Tag danach



Diese großzügige Finanzpolitik der öffentlichen Hand ist mindestens in zweifacher Hinsicht skandalös: Zum einen wird ein missionarisches Großereignis einer Glaubensrichtung in nicht unbeträchtlichem Maß aus Steuergeldern bezuschusst. Damit wird die katholische Kirche, die nebenbei einen unermesslichen Reichtum hortet, unzulässig gegenüber anderen Konfessionen und weltanschaulichen Richtungen bevorzugt.

Zum anderen wird in einer Zeit des Sozialabbaus infolge angeblich leerer öffentlicher Kassen in hohem Maße Geld verschwendet, das die Allgemeinheit für Schulen, Kindergärten oder die Instandsetzung maroder Infrastruktur gut gebrauchen könnte. Zwei gute Gründe, von der Kirche die Rückzahlung der öffentlichen Gelder zu fordern.

tri

Aus: Lokalberichte Köln 17/2005

Leverkusen und BAYER-Konzern:

LEVERKUSEN. Anlässlich der Leverkusener Jubiläumsfeier am 21. August 2005 erinnerte die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) an die andauernde Abhängigkeit der Stadt vom BAYER-Konzern. Philipp Mimkes vom Vorstand der CBG: „Leverkusen gehört wie Wolfsburg zu den Städten, die auf Initiative eines Konzerns hin gegründet wurden und die sich jahrzehntlang in einem totalen Abhängigkeitsverhältnis befanden. Der übermäßige Einfluss eines Unternehmens auf ein Gemeinwesen ist undemokratisch – es wird Zeit, dass sich die Stadt aus der Umklammerung von BAYER löst.“ Bis vor wenigen Jahren wurde sogar der Haushalt der Stadt Leverkusen vor seiner Verabschiedung dem BAYER-Vorstand vorgelegt. Auch als Besitzer Tausender Wohnungen nahm das Unternehmen Einfluss. Vor einigen Jahren stellte der Konzern dank „kreativer Buchführung“ die Gewerbesteuerzahlungen vollständig ein; die Stadt steht seitdem vor dem finanziellen Kollaps. Die CBG bemängelt auch die anhaltend hohe Umweltbelastung durch das Leverkusener BAYER-Werk. Aktuell in der Kritik steht die Landesgartenschau in der Leverkusener Dhünnaue, dort hatte das angrenzende BAYER-Werk jahrzehntlang giftige Chemikalien entsorgt und mangelhaft gesichert. Die CBG fordert eine kritische Aufarbeitung der Leverkusener Stadtgeschichte, in der der Einfluss des Konzerns auf die Stadtentwicklung dargestellt wird.

www.cbgnetwork.org

EU gibt Kommunen neuen Spielraum: BERLIN. Die deutschen Städte und Gemeinden sind zufrieden mit den kürzlich vorgelegten Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Anwendung des Beihilferechts auf Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge). Nach den Kommissionsvorstellungen sind Beihilfen für Krankenhäuser, den sozialen Wohnungsbau und bestimmte Verkehrsdienstleistungen künftig grundsätzlich vereinbar mit den EU-Wettbewerbsregeln. Auch der Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Ausschreibung von Aufträgen im Personennahverkehr stößt in den deutschen Kommunen auf positive Resonanz. Beide Vorschläge gäben den Kommunen mehr Freiheit in der Organisation der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Der Binnenmarkt werde dadurch nicht beeinträchtigt. Es müsse nun darüber nachgedacht werden, wie Städte und Gemeinden auch in anderen Feldern der Daseinsvorsorge Spielraum bekommen könnten. Dabei denkt der DStGB vor allem an die Beauftragung eigener Unternehmen

durch Kommunen oder auch die kommunale Zusammenarbeit. „Wenn auch hier durch entsprechende Kriterien sichergestellt wird, dass es sich um rein lokale Dienstleistungen handelt, muss eine Freistellung von den Regeln der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen oder Dienstleistungskonzessionen erfolgen“, sagt Schäfer. www.dstgb.de

Stadtrat stimmt Woba-Verkauf zu:

DRESDEN. Am 14. Juli 2005 stimmte der Stadtrat in einer geheimen Schlussabstimmung mit 40 gegen 27 Stimmen für die Hundert-Prozent-Veräußerung der städtischen Wohnungsgesellschaft Woba. Im September will der Stadtrat noch einen Katalog von sozialen, städtebaulichen und wirtschaftspolitischen Bedingungen formulieren, der vor Eintritt in Vertragsverhandlungen zur Voraussetzung gemacht werden soll. Eine als vorbildlich geltende Sozialcharta ist dabei mit aufzunehmen, wurde mit 33 gegen 30 Stimmen beschlossen. Und es soll nun doch Einwohnerversammlungen geben, und zwar in jedem Ortsamt. Dort sollen die Bedingungen diskutiert werden. Zugleich haben Verwaltung und Fraktionen dabei Gelegenheit, ihre Positionen zu erläutern. Dafür gab es 36 gegen 29 Stimmen. Das Nationale Bündnis fischt im Trüben: Rund 50 Menschen versammelten sich hinter einem Transparent mit dem Spruch: „Die Woba muss in Volkes Hand bleiben“. Sie hatten sogar einen Redner der Grünen zu einer Demo von „Woba-Mietern“ eingeladen. Der empörte sich über hinterlistige Täuschung und blieb fern. *Sächs. Ztg. 15.7. <http://nip.systemli.org>*

Luckau unterstützt „Grenzenlos“-Festival:

LUCKAU. Die Bürgermeister der drei Städte, Harry Müller (parteilos), Lothar Bretterbauer (CDU) und Helmut Wenzel (parteilos), haben beschlossen, die Schirmherrschaft für das „Grenzenlos“-Festival am 26./27.8. in Lübben zu übernehmen, das sich gegen Rechtsradikalismus ausspricht. Das teilte Luckaus Bürgermeister Harry Müller bei der Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 2.8. mit. Die Initiatoren, ein Kreis von Abiturienten aus dem Großraum Lübben, seien mit dieser Bitte an die Politiker herangetreten. Zudem werde die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Spreewald (KAS) die Veranstaltung mit einer Plakataktion gegen Rechts unterstützen, kündigte Luckaus Bürgermeister an. Darauf sollen Karikaturen von regionalen Künstlern zu sehen sein, die rechtsradikales Denken aufs Korn nehmen, sagte er. Die Stadtverordneten bat er, in ihren Fraktionen für die Schirmherrschaft zu werben.

www.infortiot.de

Zusammenstellung: baf

Bahnhofsbuchhandel / Kioske

Warnstreiks bei Stilke

HAMBURG. Erstmals in der über 125-jährigen Firmengeschichte traten am Sonntag, den 14. August, Beschäftigte mehrerer Stilke-Filialen (Buch- und Zeitschriftenhandel in Bahnhöfen und S- bzw. U-Bahnhöfen) in einen Warnstreik. Betroffen waren die vier Filialen im Hauptbahnhof, die Filiale am Dammtor sowie die in Bergedorf. ver.di hatte von Arbeitsbeginn bis 10 Uhr zu diesem Warnstreik aufgerufen, um für die Stielke-Beschäftigten einen erweiterten Schutz bei Filialschließungen und Outsourcing durchzusetzen.

„Ich habe außerordentliche Hochachtung vor der Zivilcourage der Kollegen, die gestern gestreikt haben“, erklärt Ulrich Meinecke, stellv. Landesleiter. „Ihr Arbeitgeber hat sich bisher selten an Recht und Gesetz gehalten.“

Seit 2 Jahren fordert Stilke von ver.di eine Absenkung der geltenden Tarife, um so wirtschaftlich schneller voranzukommen. Der Arbeitgeber hatte in den vergangenen 2 Jahren bereits dadurch erhebliche Summen eingespart, dass er seinen Beschäftigten das tarifliche Weihnachtsgeld gestrichen oder gekürzt hatte – rechtswidrig. Weit über hundert Beschäftigte haben ihren Rechtsanspruch eingeklagt, und erst bei Vorliegen des vollstreckbaren Titels zahlte Stilke. Da nicht alle Beschäftigten ihren Arbeitgeber verklagen mochten, sparte Stilke bis heute schon erhebliche Summen.

Derzeit verweigert Stilke die Zahlung des tariflichen Urlaubsgeldes.

Offenbar um die Beschäftigten und ihre ver.di-Tarifkommission unter Druck zu setzen, werden mittlerweile nach und nach einzelne Filialen nicht mehr als Stilke-Filialen geführt sondern als BHG-Filialen. Diese sind wie Stilke eine 100% Tochter des Schweizer Valora Konzerns. Geschäftsführer ist Mathias Gehle, er ist zugleich Geschäftsführer bei Stilke. „Ein abgekartetes Spiel, um eine wirtschaftlich gesunde Filiale nach der anderen innerhalb des Konzerns ‚umzulabeln‘ und Stilke auszubluten“, vermutet ver.di. „Der Effekt wären Flucht aus dem Tarifvertrag und Betriebsrat“, so Meinecke.

„ver.di verlangt erweiterte Sicherheiten für die Stilke-Beschäftigten“, sagt Meinecke. „Dies wären ein Ende des Umlabelns von Filialen, der Verzicht auf Kündigungen, erweiterten Schutz bei Filial-Schließungen und anderes mehr. Dann ist ver.di auch bereit, befristeten Abweichungen vom geltenden Tarifvertrag zuzustimmen.“

Die Warnstreiks bezogen sich auf den Teil der ver.di-Forderungen, für die keine Friedenspflicht besteht.

ver.di-Landesbezirk Hamburg, 15.08.2005

Streik bei Porta

HANNOVER. Am Samstag, den 6.8.2005, haben Beschäftigte und Unterstützerinnen / Unterstützer (ca. 50 Leute) aus dem gewerkschaftlichen Bereich mehrere Stunden vor den Kundeneinfahrten des Möbelhauses Porta in Altwarmbüchen/Hannover Streikaktionen durchgeführt. Dies war seit dem Auftakt im Juli die 7. Streikaktion. Ziel der Streikaktionen ist die Durchsetzung eines Haustarifs bei Porta Hannover. Die bisherigen Verhandlungen um einen Haustarifvertrag, für den ver.di mindestens die Bedingungen des alten Tarifs fordert, sind gescheitert.

Porta, zu dem auch die Möbelhäuser Bosse gehören, hat 20 Möbelhäuser in Deutschland. In allen anderen Möbelhäusern gibt es schon seit langem keine Tarifverträge mehr. Zeitgleich mit den derzeit bundesweit laufenden Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen im Einzelhandel ist Porta Hannover aus dem Einzelhandelsverband ausgetreten und damit auch aus dem Flächentarifvertrag. Es gibt Versprechungen, keine Einschränkungen zu planen, und gleichzeitig gibt es die Aussage, sich keine tariflichen Bedingungen mehr leisten zu können. Die Verhandlungen gestalten sich aus zwei Gründen schwierig. Zum einen durch die Zersplitterung des gesamten Unternehmens und in den einzelnen Unternehmen. Alle Häuser sind selbständige Einheiten, innerhalb der Häuser sind Teile selbstständig, so z. B. in Hannover die Küchenabteilung und die Restauration. Es arbeiten viele Teilzeitkräfte im Betrieb, teilweise auch auf Abruf. Die andere Schwierigkeit besteht in dem Vorgehen von Porta, die Streikaktionen zu stören und zu schwächen und in den ausgesprochenen Drohungen gegenüber den Streikenden. So

wurden am 6.8. 20 Streikbrecher von außerhalb, vor allen aus den neuen Ländern, deren besondere Arbeitsmarktlage ausgenutzt wird, im Betrieb eingesetzt. Sie erhalten pro Streiktag 40 €. Und die Anwältin des Unternehmens drohte während der Streikaktion mit Abmahnungen wegen Nötigung, der Beauftragte der Geschäftsführung fotografierte alle Teilnehmenden und beobachtete während der ganzen Aktion, ob die Auflagen von Ordnungsamt und Polizei – ein Stück der Einfahrten freizuhalten – auch erfüllt wurden.

160 Beschäftigte bei Porta Hannover, das sind 60 % der Belegschaft, sind bei ver.di organisiert. Nach der anfänglichen Beteiligung bei den ersten Aktionen von ca. 50 Beschäftigten, liefen wei-

tere Aktionen mit durchschnittlich 25 Beschäftigten. Darüber mokierte sich der Geschäftsführer gegenüber der Presse. Unabhängig davon, dass von den Organisierten einige Urlaub habe, in Niedersachsen sind derzeit Schulferien, Leute krank sind oder aus anderen persönlichen Gründen nicht teilgenommen haben, ist es angesichts der geschilderten Bedingungen geradezu zynisch von der Geschäftsleitung und hat zum Ziel, die Organisierten zu spalten und gegenüber den Unorganisierten die Aktionen herunterzureden.

Die Aktion stieß bei vielen Kunden auf Verständnis. In den Gesprächen war eindeutig zu hören, dass Tarifflicht und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen inzwischen hinreichend bekannt sind. Die Streikenden waren so gut aufgestellt, dass etliche Autos den Eindruck hatten, es gäbe keinen Verkauf und vorbeifahren bzw. ihr Vorhaben einzukaufen aufgegeben haben.

Am 13. August fand eine weitere größere Aktion mit noch mehr Beteiligten statt. Weitere Aktionen sind geplant. ver.di und die organisierten Beschäftigten richten sich auf eine lange Auseinandersetzung ein.

bee



Lidl in München genauso wie überall

28.7.05. Bei einem Treffen der Paten platzte die Nachricht herein: A. Krätzer, eine der Initiatorinnen der Betriebsratswahl, fristlos gekündigt: Begründung, sie hätte der stellvertr. Filialleiterin den erhobenen Mittelfinger gezeigt – vor 12 Tagen, am Tag nach der geplatzten Wahlversammlung. An diesem Tag hatte die Filialleitung versucht, der Kollegin eine Kassendifferenz unterzuschieben, als sie das merkte, wurden ihr Wahnvorstellungen vorgeworfen. Um diesen Vorgang gab es eine Auseinandersetzung. Frau Krätzer: „Es ist eine Lüge, dass ich ihr den Mittelfinger gezeigt habe. Ich habe nur gesagt – man bekommt alles zurück im Leben – aus Enttäuschung darüber, dass die stellvertr. Filialleiterin diese Spielchen mitmacht. Zuerst war ich über die Kündigung schockiert, aber jetzt müsste doch eigentlich jeder verstehen, dass wir bei Lidl einen Betriebsrat brauchen.“

Ecco Meineke von der Lach- und Schiess, einer der Paten (wie berichtet haben OB Ude, Franz Maget, Johano Strasser, Vertreter beider Kirchen, zahlreiche Betriebs- und Personalräte, Rechtsanwälte Patenschaft übernommen) ist empört: „Ich werde im Kulturbereich noch mehr Menschen für die Unterstützung von Betriebsratswahlen bei Lidl gewinnen, und wir werden im September eine Lesung des Lidl-Schwarzbuches in München machen. Das kann man Lidl nicht durchgehen lassen.“ Jörg Maier von der Katholischen Betriebsseelsorge: „Lidl muss merken, dass mit der fristlosen Kündigung keine Ruhe einkehrt“.

Neben der rechtlichen Seite, Klage gegen die fristlose Kündigung, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft München wegen Behinderung von Betriebsratswahlen, wird ver.di in München die Diskussion mit den Lidl-Beschäftigten in den Münchner Filialen ausweiten. Dagmar Rüdénburg, ver.di: „Wer gemeint hat, das Lidl-Schwarzbuch treffe auf die Filiale in Berg am Laim nicht zu, hat sich getäuscht. ver.di, die Paten und hoffentlich viele weitere Menschen in München unterstützen Andrea Krätzer. Andrea wird von dem ver.di-Unterstützungsfonds Geld bekommen, wir wollen aber auch in München ein Solidaritätskonto für Andrea eröffnen – damit viele Menschen auch damit praktische Solidarität üben können. Wir hoffen aber auch, dass wir mit den Kolleginnen in der Filiale wieder ins Gespräch kommen, denn jetzt ist eingetreten, was viele nicht glauben mochten.“

Dagmar Rüdénburg, Gewerkschaftssekretärin,
ver.di Bezirk München Fachbereich Handel

Wie ist politischer Widerstand unter den Bedingungen der indirekten Steuerung möglich ?

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hatte ich versucht, einige Elemente der neuen Management-Methoden, die wiederum Ausdruck von tatsächlichen dramatischen Veränderungen in der Fabrikorganisation sind, zu beschreiben.

Für gewerkschaftliches und betriebliches Handeln bedeuten diese neuen Bedingungen eine „Erosion der herkömmlichen Politikformen“ (Sauer / Peters): Mitarbeiter, die zunehmend selbständig und „unternehmerisch“ handeln müssen, laufen Gefahr, traditionelle Schutzmechanismen wie Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu unterlaufen. Berühmt-berüchtigt ist der Mitarbeiter, der abstempelt und dann weiterarbeitet oder gleich den Laptop mit nach Hause nimmt, „um mal in Ruhe arbeiten zu können“. Auch die Solidarität gerät massiv unter Druck, denn die indirekte Steuerung setzt planmäßig auf die Konkurrenzverhältnisse unter Arbeitnehmern:

„Es verlagern sich auch Kontroll- und Aufsichtsfunktionen, die früher beim (gemeinsamen) Vorgesetzten lagen, auf die Teams und Projektgruppen. Beschäftigte, die leistungsabhängig bezahlt werden und in Teams arbeiten, die bestimmte Ziele erreichen müssen, entwickeln ein Interesse an der Leistungssteigerung ihrer Kolleginnen und Kollegen, und das ganz ohne ein zusätzli-

ches Zutun von Seiten des Managements ... Traditionelle Arbeitspolitik hatte früher einen einigermaßen stabilen Bezugsrahmen in der technisch-organisatorischen Gestaltung von Arbeitsprozessen ... Unter den Bedingungen der indirekten Steuerung tritt dieser Bezugsrahmen in den Hintergrund. Dies wird z.B. sichtbar in einer betrieblichen Leistungs politik, die auf den Leistungsbegriff und in den Zeitstrukturen liegenden Begrenzungen weitgehend gelöst hat. Wenn menschliche Leistung nur das ist, was der Markt anerkennt, gibt es keine Maßstäbe mehr, die Bezugspunkte von Verhandlungen sein könnten ... Fazit: mit dem Markt kann man nicht verhandeln.“ (Sauer/Peters, Seite 48)

Verständigungsprozesse untereinander statt „Stellvertreterpolitik“

Wer sich heute als Betriebsrat oder Gewerkschafter in dieser sich ständig umwälzenden Fabrikwelt bewegen will, muss den Spagat zwischen traditionellen Schutzregeln (Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen etc.) und neuen Formen der Mitarbeiterbeteiligung „auszuhalten“ lernen und muss bereit sein zu experimentieren! Bei SICK versuchen wir das seit ca. 2 – 3 Jahren durch kleine Diskussionsrunden mit betroffenen Mitarbeitern, die oft nur schwer zustande kommen, weil auch ständig durch den Zeit- und Marktdruck bedroht, die aber trotzdem erstaunliche Effekte haben. Es sind Ansätze von Verständigungsprozessen, in denen Kollegen und Kolleginnen immer wieder bestätigen, dass schon die Tatsache, über diese Arbeitsbedingungen reden zu können und festzustellen, dass es nicht nur einem selber so ergeht, hilfreich ist! Dabei werden Themen wie Mitarbeitergespräche, Projektarbeit oder auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz als Felder bearbeitet, auf denen es gelingen muss, die tatsächlichen Belastungen und Stress-Situationen zum Ausgangspunkt für



»Mr. Mathews! Mr. Mathews! Ich war nur kurz auf der Toilette, und jetzt sitzt Hodges auf meinem Platz! ... Ich bin jetzt dran mit dem Fensterplatz, Mr. Mathews!«

Veränderungen zu machen.

Der Betriebsrat kann immer weniger als Stellvertreter auftreten, der schon weiß, „wo's lang geht“, sondern vielmehr als Organisator von solchen Verständigungsprozessen, deren Ergebnisse dann auch wieder in Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite einfließen.

Wo immer möglich, müssen selbstverständlich Schranken oder Rückfall-Linien gehalten werden, insbesondere auf den Feldern Arbeitszeit, Leistung, Gesundheit und Einkommen.

Gleichzeitig müssen wir den neuen Bedingungen Rechnung tragen: „Die Begründung arbeitspolitischer Forderungen gilt es dann aus den autonomen Interessen der Arbeitskraft zu entwickeln, die – gegen die Forderungen des Marktes – die Reproduktion von Arbeitskraft, die individuelle Existenzsicherung und die Entfaltung des Individuums ins Zentrum setzen.“ (Seite 51)

Es gilt also, Formen der Verweigerung und des Widerstands gegen die Maßlosigkeit der Vermarktlichung aufzugreifen und gleichzeitig die Beschäftigten dabei zu unterstützen bzw. mit ihnen neue Formen der Einmischung in die Arbeitsorganisation, die neuen Steuerungs- und Managementkonzepte herauszufinden und auszuprobieren.

Wie wichtig es ist, die im Betrieb ablaufenden Prozesse – aus der Sicht der Beschäftigten – einer Analyse zu unterziehen, das Neuartige an diesen Prozessen sich klar zu machen und sich mit anderen darüber zu verständigen, warum man selber so widersprüchlich sich darin bewegt, verdeutlichen die beiden Aufsätze von Angela Schmidt und Wilfried Glißmann in besagtem Buch.

Es stellt bereits einen ersten Schritt zur Erkenntnis und Gegenwehr dar, wenn man als Mitarbeiter – am besten im Dialog mit anderen – sich hin und wieder die Zeit freischaufelt, innezuhalten und zu überlegen: „Was passiert mit mir?“

Was ist „Balanced Scorecard“ oder „Activity Based Costing“?

Am Beispiel dieser neuen Steuerungskonzepte beschreibt Angela Schmidt die neuartigen Auswirkungen auf die Beschäftigten:

„Tätigkeiten in ihrer logischen Verknüpfung mit allen anderen Tätigkeiten eines globalen Wertschöpfungsprozesses sind die elementaren Einheiten des ABC. Ganze Kataloge einzelner Vorgänge (z.B. in der Logistik ‚Waren entgegennehmen‘, ‚Wareneingang bestätigen‘) werden erstellt und ihre tatsächlichen Kosten werden ermittelt. Mithilfe von Kostentreibern (Anzahl der Stunden, Wiederholungen der einzelnen Maßnahmen je Produkt etc.) werden die Aufwände für die Tätigkeiten schließ-

lich Produkten und Kunden zugeordnet. Es geht darum, jeden Aufwand exakt der Stelle zuzuweisen, die ihn verursacht. Erfasst werden dabei nicht nur die Kosten genutzter Ressourcen, sondern auch ungenutzter Kapazitäten. So entsteht eine ‚ökonomische Landkarte‘ des Unternehmens, die alle wesentlichen Ursache-Wirkungs-Konstellationen abbildet.

ABC ist die Antwort auf eine Produktionsweise, die die massenhafte Fertigung weniger standardisierter Produkte auf gibt zugunsten von Diversifikation und maßgeschneiderter Kundenlösungen.“ (132/33) Die Wirkungen dieser Verfahren gehen weit über rechnungstechnische Maßnahmen hinaus: die Logik von ABC ergreift das Denken der Menschen und hält es in Bewegung, es entsteht ein maßloser Prozess, an dessen Ende die Frage stehen kann: „Rentier ich mich noch?“ – und zwar von den Beschäftigten selber aufgeworfen!

Vorläufiges Fazit: es gibt keine einfachen Antworten oder Lösungen, wie



Widerstandsformen unter solchen Bedingungen aussehen könnten. Angela Schmidt stellt am Ende ihres Beitrages die Frage: „Wo schaffen wir selbst aktiv die Verhältnisse, mit denen wir wiederum konfrontiert werden? Wie setzen wir uns gegenseitig unter Druck? Wie können wir sichtbar machen, welche aktive Rolle wir in den uns als fremd, übermächtig und anonym begegnenden Prozessen spielen? Wie kommen wir schließlich dem Verwertungsprozess gegenüber – dem wir uns unterordnen, als wäre er ein Subjekt mit eigenem Willen – wieder in eine aktive Rolle? ... Diese Fragen können nur in einem langen und kontroversen Diskussionsprozess beantwortet werden. Unbedingt notwendig ist eine Selbstverständigung der Individuen, die in Betrieben mit den ABC-Mechanismen konfrontiert werden ... Die Natur neuer Managementformen, die vom ABC sinnvoll ergänzt werden, legt nahe, dass die betrieblichen Prozesse nur in den Prozessen selbst verändert werden können.“ (S.151/52). *mab*

Aus: anaz Nr. 7/2005. Die Angaben beziehen sich auf das Buch „Rentier ich mich noch?“, s. PB 9, S. 22, und 15/16, S. 16

Vorherrschende Meinungsmacht durch Fusion Springer-Verlags mit Pro Sieben? HB, Mi., 17.08.

Die Medienkonzentrationsaufsicht KEK prüft, ob durch diese Fusion eine vorherrschende Meinungsmacht entsteht, was zu einer Untersagung führen könnte. Bei privaten Meinungsmachern wird vorherrschende Meinungsmacht vermutet, wenn die Programme des Unternehmens im Fernsehmarkt 25 % und mehr Zuschauer erreichen, sofern das Unternehmen noch in einem anderen Medienmarkt eine marktbeherrschende Stellung hat. Pro Sieben/Sat.1 kommt auf 22 % und liegt damit unter der Schwelle. Allerdings wird laut Rundfunkstaatsvertrag vorherrschende Meinung auch vermutet, wenn eine Gesamtbeurteilung der Aktivitäten eines Unternehmens ergibt, dass der erzielte Meinungseinfluss eines Unternehmens einem Zuschaueranteil von 30 % im Fernsehen entspricht. Der Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT) argumentiert, dass eine medienrechtliche Konzentrationskontrolle unterhalb der gesetzlich normierten 25 %-Grenze „ausdrücklich über den gesetzlichen Wortlaut“ hinausgehe.

EADS kauft Anteil an russischem Flugzeugbauer.

Der Europäische Luftfahrt- und Raumfahrtkonzern EADS will bis zu 10 Prozent des russischen Flugzeugbauers Irkut übernehmen. Die Unternehmen arbeiten bereits bei Löschflugzeugen und bei der Wartung von Hubschraubern zusammen. „Irkut ist zweifellos eines der dynamischsten Unternehmen in der russischen Luft- und Raumfahrtindustrie, und daher ein geeigneter Partner für die EADS, so S. Zoller, Chef der EADS-Verteidigungssparte. Neben der Brandbekämpfung stellt die Firma auch den russischen Kampfflugjet Suchoi her. Die führende Luftfahrtschau in Russland wuchs nach Angaben der Organisatoren auf 650 Aussteller aus 40 Ländern. Aus Deutschland waren 14 Unternehmen auf einem Gemeinschaftsstand des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) vertreten.

Industrie findet Strompreiserhöhung bedrohlich.

FR, Sa., 20.08. Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), zu deren Mitglieder auch Chemieunternehmen zählen, hat – wie eine Reihe anderer Verbände auch – Beschwerde beim Bundeskartellamt gegen RWE und Eon Energie eingelegt: Die Konzerne hätten die von der Bundesregierung unentgeltlich zugeordneten CO₂-Emissionszertifikate erstens „mit einem vielfach höheren Börsenkurs als Kosten in den Strompreis einkalkuliert“ und zweitens den Kurs der Verschmutzungspapiere am Handelsplatz Leipzig künstlich „in die Höhe getrieben“. *Presseauswertung: rst*

Lothar Bisky äußerte sich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Klaus Ernst auch zum weiteren Vereinigungsprozess zwischen Linkspartei, PDS und WASG

Wir werden eine starke Linksfraktion in den Bundestag bringen

Meine Damen und Herren, Angela Merkel erklärte dieser Tage in Wittenberg, die CDU arbeite daran, die Ost-West-Unterschiede zu beseitigen. Zugleich verweigert die Kanzlerkandidatin die Angleichung des Arbeitslosengeldes II. Sie speist die Menschen mit vagen Versprechungen ab. Der Noch-Kanzler wiederum verspricht, was er nicht mehr wird einlösen müssen. Gerhard Schröder stellt fest, die Zeit sei reif, die unterschiedliche Höhe des sogenannten ALG II zu beseitigen. Da die Zeit dafür im Januar dieses Jahres noch nicht reif war, muss seither Einschneidendes passiert sein. Ich denke, die politische Kooperation der Linkspartei, PDS und der WASG und deren Wirkungen gehören dazu.

Die SPD wird nicht müde, uns vorzuhalten, wir würden unerfüllbare Versprechen machen. Ich finde, Mindestlohn, Kindergelderhöhung, Mindestrente, soziale Grundsicherung, ein ALG II in Ost und West von 420 Euro sind politische Aufgaben, um die sich verantwortliche Politik kümmern muss. Wer das unbezahlbar nennt, hat sich von sozialer Gerechtigkeit verabschiedet. Wir haben genau nachgerechnet. 128,2 Milliarden Mehrausgaben stehen 134,2 Milliarden Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben gegenüber. D.h. unser Wahlprogramm ist solide finanziert. Mit dem, was wir aus Vermögensteuer, Börsenumsatzsteuer, Erbschaftsteuer, Körperschaftsteuer mehr einnehmen wollen, lassen sich die angeblich unerfüllbaren Versprechen finanzieren. Was man dafür braucht, ist allein politischer Wille, diejenigen Schultern stärker zu belasten, die breiter sind und deshalb mehr tragen können. Dieser Wille fehlt der SPD.

Herrschende Politik in der Bundesrepublik war 15 Jahre lang eine Politik der Dominanz des Westens über den Osten. Es ist hohe Zeit, endlich einmal den Nachweis zu erbringen, dass zusammenwachsen kann, was sich in Ost und West auf unterschiedliche Erfahrungen und soziale Milieus stützt. Wir, Linkspartei, PDS und WASG, wollen das schaffen, in fairer Weise, auf gleicher Augenhöhe. Vor Ihnen, meine Damen und Herren, stehen ein Bayer und ein Brandenburger, die eine andere Auffassung zur Einheit Deutschlands und zur Lage im Osten haben, als ein anderer Bayer und ein anderer – allerdings importierter – Brandenburger! Die Frage, wer in Deutschland auch 15

Jahre nach der Einheit Ost und West spaltet, ist auch in diesen Tagen wieder klar beantwortet worden! Mir kommt die Galle hoch, wenn nun Langzeitarbeitslose flächendeckend zu Verhandlungen mit den Vermietern um einen Mietnachlass gezwungen werden sollen. Andernfalls droht ihnen der Zwangsumzug. Dadurch entsteht nicht ein Arbeitsplatz, sondern nur immer neue Entwürdigung. Das ist sozial. Auch das spaltet die Gesellschaft.

(...) Am 30. Mai kamen die Gesprächsgruppen von PDS und WASG zum ersten Mal zusammen. Das ist keine drei Monate her! Gemeinsam haben wir seither einen Prozess von großer Dynamik gestaltet. Dabei soll es bleiben!

Die PDS folgte ihrer politischen Tradition und öffnete ihre Bundestags-Listen für parteilose Persönlichkeiten und nun auch für Mitglieder der WASG. Die Partei hat ihren Namen verändert, sie hat damit diesen Nicht-Mitgliedern die Kandidatur auf ihren Listen erleichtert und ihre Bereitschaft signalisiert, offen zu sein für ein erweitertes Projekt einer neuen Linken in Deutschland. Die WASG verzichtete auf einen eigenständigen Antritt zur Bundestagswahl 2005 und ihre Mitglieder stimmten per Urabstimmung dem Ziel zu, perspektivisch ein Linksbündnis schaffen zu wollen. Das Wahlrecht erlegte es uns auf, dass aktuell alle Entscheidungen zu den Kandidaturen und zu den Listen zur Bundestagswahl allein durch Gremien der Linkspartei, PDS zu treffen waren. Dem haben wir penibel Rechnung getragen.

Linkspartei und WASG sind in eine auf Langfristigkeit und Dauerhaftigkeit angelegte politische Kooperation eingetreten. Unsere gemeinsame Absicht ist, Die Linkspartei, PDS und die WASG zu einer gemeinsamen Partei zusammen zu führen. Eine Basis dafür ist die große inhaltliche Übereinstimmung in grundsätzlichen politischen Fragen. Wir streben eine neue politische Partei an, die gegen das neoliberale Gesellschaftsprojekt gerichtet ist, die Protest stärkt und Alternativen entwickelt.

Wir möchten Ihnen heute ein Kooperations- und Fairnessabkommen zwischen Linkspartei und WASG vorstellen. Es trägt sowohl dem eigenständigen Agieren beider Parteien als auch der angestrebten Gemeinsamkeit Rechnung. Klaus Ernst und ich sind der Auffassung, dass die Vorstände beider Parteien der Dynamik der Entwicklung Rechnung tragen und den Prozess der Vereinigung in die Hand nehmen und verantwortlich führen müssen. Wir werden den Vorständen beider Parteien vorschlagen, sofort nach der Bundestagswahl die konkreten Formen, Arbeitsgruppen und Etap-

pen zu vereinbaren, die für einen zügigen Zusammenschluss erforderlich sind. Entsprechende paritätisch besetzte Fachgruppen sollten unverzüglich die Arbeit aufnehmen und Vorschläge ausarbeiten

- zur Programmatik und politischen Strategie
- zum Parteaufbau
- zu Rechts- und Finanzfragen
- zu den internationalen Parteibeziehungen.

Ich will nicht darüber spekulieren, wie schnell der Vereinigungsprozess verlaufen wird, aber aus unserer Mitgliedschaft höre ich immer wieder die Erwartung, ihn ebenso verantwortungsvoll wie zügig zu führen. Ich gehe auf alle Fälle davon aus, dass es – egal auf welcher Ebene – künftig keine konkurrierenden Kandidaturen beider Parteien bei kommunalen oder Landtagswahlen geben wird. Der Parteaufbau im Westen liegt uns beiden, liegt auch mir persönlich am Herzen. Die Linke Ost und die Linke West gemeinsam können eine starke politische Kraft werden.

Für die Linke, PDS kann ich sagen, dass wir selbstbewusst in diesen Vereinigungsprozess gehen: Wir haben uns in einem langen Diskussionsprozess eine moderne Programmatik angeeignet, die für Weiterentwicklungen offen ist, hinter die wir aber nicht zurück können und wollen. Wir verfügen über rund 6.000 kommunale Abgeordnete mit entsprechenden Erfahrungen auf diesem Politikfeld. Wir haben besonders im Osten hohe landespolitische Kompetenz sowohl mit starken Oppositionsfraktionen als auch in Regierungsverantwortung und nicht zuletzt mit festen Arbeitskontakten zu Vereinen, Verbänden und Organisationen. Die WASG ist im Westen der Republik in der linken und Gewerkschaftsbewegung fest verankert und verfügt über eine hohe soziale Kompetenz. Wir können also tatsächlich auf einem großen Erfahrungsschatz aufbauen.

Meines Erachtens ist es sehr wichtig, auf allen Ebenen Mitglieder beider Parteien in der politischen Arbeit und Aktion zusammenzuführen, und ich halte es für erforderlich, eine politische Bildungsarbeit zu entwickeln, die es z.B. möglich macht, miteinander über die unterschiedliche Geschichte so zu reden, dass Vertrauen wachsen kann. Natürlich wird das Zusammenwirken von Mitgliedern beider Parteien und von Parteilosen in der künftigen Bundestagsfraktion einen herausragenden Stellenwert haben. Hier muss – ausgehend vom Wahlprogramm – und hier wird eine gemeinsame Politik für eine solidarische und demokratische Gesellschaft entwickelt werden. (...)

Zusammenstellung: jöd

Linkspartei und Umbruch der Arbeitsgesellschaft

In ihren Bemühungen um Diskreditierung der Linkspartei.PDS greifen Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien gern und oft auf die Formel zurück, die Linke wolle den Herausforderungen heute, wie sie vor allem durch die Globalisierung gegeben sind, mit Konzepten aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begegnen. Damit suchen die Damen und Herren der anderen Parteien offenbar zu kaschieren, dass sie selbst schon geraume Zeit und etliche Wahlkämpfe hindurch nahezu gebetsmühlenartig die bekannten neoliberalen Konzepte der Deregulierung und der Steuersenkung herunterbeten. Diese Konzepte sind es, die weder neu sind noch besonders überzeugend rückkommen.

Auffällig ist jedoch auch, dass von allen Wahlkampfakteuren, auch aus der Linkspartei, die Veränderungen im Arbeitsleben und in den Unternehmen selbst kaum wahrgenommen oder auch nur beiläufig gestreift werden. Die Triebkräfte der neuen Linkspartei zutreffend zu analysieren, kann ohne Analyse der betrieblichen Realität kaum gelingen.

In dieser Zeitschrift ist bereits auf verschiedene aktuelle industriesoziologische Aufarbeitungen der betrieblichen Veränderungsprozesse hingewiesen worden, zuletzt mit Anmerkungen zum Buch „Rentier‘ ich mich noch?“, einer Auseinandersetzung mit modernen Managementstrategien (Politische Berichte Nr.15/16 2005, Seite 16.)

Wir wollen dies fortsetzen mit Hinweisen auf weitere Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang. Klaus Dörre widmet sich mit seinem im September vorigen Jahres erschienenen Aufsatz über „Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen“ zwar auf den ersten Blick einem anderen Thema. Doch auch Dörre hat betriebliche Veränderungsprozesse in der nachfordistischen Periode im Auge und beschreibt neue Segmentierungen in der arbeitenden Bevölkerung ebenso wie ihre Wirkungen auf die Gesellschaft.

Der leider oft inflationäre Gebrauch von Fremdwörtern (Soziologendeutsch) erschwert ein wenig das Lesen. Der sachliche Gehalt indes lohnt die Lektüre. Wir veröffentlichen als Auszug zwei Kapitel aus diesem Aufsatz. *brr*

Klaus Dörre

3. Umbruch der Arbeitsgesellschaft und soziale Desintegration

Um diesen Zusammenhang verstehen zu können, ist es sinnvoll, einen Blick auf die Restrukturierung nachfordistischer Arbeitsgesellschaften und das daraus

resultierende Desintegrationspotential zu werfen. Etienne Balibar (1990: 256) hat in seiner Analyse des „Klassen-Rassismus“ von Arbeitern auf zwei widersprüchliche Tendenzen kapitalistischer Akkumulation aufmerksam gemacht: „einerseits werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen ständig mobil gehalten und destabilisiert, um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, fortwährend neue Kräfte aus der ‚industriellen Reservearmee‘ zu schöpfen und eine relative Überbevölkerung aufrecht zu erhalten; andererseits werden Arbeitskollektive über längere Zeiträume (über mehrere Generationen) stabilisiert, um sie zur Arbeit zu ‚erziehen‘ und sie an das Unternehmen zu ‚binden‘ ...“ Der Nationalismus ist eine moderne ideologische Integrationsform, die seit jeher auch darauf zielt, das antagonistische Potential der mit dem Lohnarbeitsverhältnis verwobenen sozialen Konflikte zu entschärfen. Es gehört somit zu den Paradoxien kapitalistischer Klassengesellschaften, dass sie beständig „eine regressive Vorstellung von einem Nationalstaat“ reproduzieren, „in dem die Menschen von Natur aus ‚zu Hause‘ sind, weil sie ‚unter sich‘ sind“ (Balibar 1990: 259).

Während der Ära des fordistischen Kapitalismus vollzog sich mit der Inkorporation der arbeitenden Klassen in den Sozialstaat zugleich eine Re-Nationalisierung der Arbeiterbewegung. Aus ihrem Anspruch nach internationalistischen Arbeitnehmerorganisationen wurden internationale Vereinigungen. Die damit korrespondierenden Sozialpartnerschaftsideologien konnten allerdings mit einem universalistischen Duktus operieren, weil sie dem Erfahrungskern der „Klassenmehrheit“ entsprachen. In der Phase des expandierenden Fordismus vollzog sich aus der Perspektive der – vorwiegend männlichen – Vollzeitbeschäftigten in geschützten Normarbeitsverhältnissen und ihrer Familien eine relative Abkoppelung der lebendigen Arbeit von Marktrisiken. Beteiligung der Arbeiterschaft am Produktivitätsfortschritt, Massenkonsum, verbrieft industrielle Rechte wie die Mitbestimmung und der Ausbau sozialer Sicherungssysteme wurden zur Basis eines Sozialstaatsbewusstseins, das mit einem Kapitalismustyp („rheinischer Kapitalismus“, Albert 1992) korrespondierte, der im deutschen Fall ausgesprochen kohäsive soziale Züge trug. Mit der seit Beginn der 90er Jahre offenkundigen Krise des „german capitalism“ ist nun die Gefahr ständig gegeben, dass nationales Sozialstaatsbewusstsein in eine regressiv-moderne Ausschlussideologie transformiert wird.

Wesentliche Triebkräfte einer solchen

Entwicklung müssen in den nachfordistischen Arbeitsgesellschaften verortet werden. Hellsichtige Beobachter wie der französische Soziologe Robert Castel (2000) gehen davon aus, dass infolge von Globalisierung, technisch-organisatorischem Wandel in den Unternehmen und der Erosion kollektiver Regulierungen in den nationalen Arbeitsgesellschaften eine dreifache Spaltung stattfindet. In der – schrumpfenden – „Zone der Integration“ dominieren noch immer relativ geschützte Normarbeitsverhältnisse. Parallel entsteht jedoch eine „Zone der Entkoppelung“ bzw. eine „Zone sozialer Ausgrenzung“, in der sich der Ausschluss von Erwerbstätigkeit verfestigt (Kronauer 2002). In dieser Zone befinden sich die „Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft“, die „Überflüssigen“ und „Ausgestoßenen“ (Waquant 1997). Zwischen beiden Polen öffnet sich eine „Zwischenszone der Prekarität“, in der die „Verwundbarkeit“ der Arbeitenden jederzeit gegeben ist (Castel 2000: 415).

Nun ist in der Literatur umstritten, ob man in Deutschland tatsächlich bereits von einer verfestigten Dreispaltung sprechen kann. So verbergen sich hinter dem Rückgang „typischer“ Normarbeitsverhältnisse in Westdeutschland – zwischen 1970 und 1995 ist deren Anteil von 83 auf 63 Prozent gesunken – unterschiedlichste Arbeitsrealitäten (erwünschte Teilzeitarbeit, abhängige Selbständigkeit, Leih- und Zeitarbeit, befristete Tätigkeiten, geringfügige Beschäftigung, hinzu kommt die Schattenarbeit). Nicht jedes atypische Beschäftigungsverhältnis ist zugleich prekär, und das subjektive Empfinden von Prekarität unterscheidet sich z.B. bei Männern und Frauen erheblich (Bartelheimer 1998: 165 ff.). Doch selbst wenn sich Prognosen, die bis 2010 eine Relation von Norm- zu Nicht-Norm-Arbeitsverhältnissen im Verhältnis von 1:1 erwarten (Kommission 1996, kritisch: Bosch 2001), nicht erfüllen sollten, ist klar, dass atypische und mitunter prekäre Arbeitsverhältnisse längst zu einem Massenphänomen geworden sind.

Die Auswirkungen der Flexibilisierung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit konzentrieren sich bislang in bestimmten Branchen. So ist der Einzelhandel zu einem Vorreiter für Shop-in-shop-Konzepte und die Nutzung flexibler Beschäftigungsformen geworden. Teilzeitarbeit, befristete Verträge und geringfügige Beschäftigung sind (bzw. waren bis zur Regulierung geringfügiger Beschäftigung) dort an der Tagesordnung. In der Bauwirtschaft expandiert der Einsatz von Subunternehmern und Scheinselbständigen. Ähnliches gilt für das Transportwesen und die

Fast-food-Industrie. In neu entstehenden Industrien und Dienstleistungsreichen begünstigen gering regulierte Unternehmen und Industrien ebenfalls eine Ausbreitung von Nicht-Norm-Arbeitsverhältnissen („Shift-Effekt“). Und selbst in den Kernbereichen industrieller Produktion gewinnt die Problematik an Bedeutung. Konzerne wie Daimler-Chrysler streben offiziell an, ein Fünftel bis ein Viertel der Belegschaften in flexiblen Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen. Auf diese Weise entsteht ein Druckpotential, das es den Gewerkschaften selbst in Zeiten der Hochkonjunktur erschwert, industrielle Rechte offensiv zu nutzen.

Trotz aller Unsicherheiten in der Debatte kann man insgesamt davon ausgehen, dass sich auch in Deutschland eine „Zone der Prekarität“ identifizieren lässt. Noch wichtiger ist jedoch, dass die Tendenz zur Re-Kommodifizierung von Arbeit auch vor der „Zone der Integration“ nicht halt macht. Die entscheidenden Veränderungen finden in dieser Zone statt. Deregulierung und Privatisierung, Shareholder-Value-Steuerung, Aufspaltung von Werken, Centerbildung und ein auf Dauer gestellter Standortwettbewerb sorgen dafür, dass Marktrisiken wieder unmittelbar an Belegschaften oder gar an einzelne Arbeitskollektive durchgestellt werden können (Dörre 2002). Im Zuge der Anpassung von Unternehmen an unsichere Märkte geraten Werke und dezentrale Einheiten unter verstärkten Rationalisierungsdruck. Auch in stilprägenden Konzernen des rheinischen Kapitalismus beginnt sich ein Regime der „kurzfristigen Zeit“ (Sennett 1998) zu etablieren, das die Vorteile einer langfristig ausgerichteten Produktion kollektiver Güter systematisch verkennt. An kurzfristigen Kostensenkungen und Rationalisierungserfolgen interessiert, haben dominante Managementfraktionen einem Rationalisierungstyp zum Durchbruch verholfen, der selektiv auf die Produktionsintelligenz von Kernbeschäftigten zugreift, um durch Ausnutzung des Flexibilitätspotentials multifunktional einsetzbarer Arbeitskräfte mit Minimalbelegschaften zum größt möglichen Output zu kommen. Das Marktrisiko – und nicht ein relatives Gleichgewicht von Humanisierung und Effizienz der Arbeit – ist zum Treiber einer aktiven Rationalisierungsbeteiligung eines Teils der Stammarbeiter geworden. Dieser Rationalisierungstyp erzeugt nicht nur Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung. Im Zusammenspiel mit den Ungewissheiten sich rasch verändernder Märkte bilden Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung ein Drohpotential, das die Re-Kommodifizierungsspirale immer wieder anheizt. Sukzessive geraten die sozialen Sicherungssysteme unter den Druck des neuen Wettbewerbsregimes. Selbst dort, wo die institutio-



Prof. Dr. Klaus ist seit Juni 2005 Lehrstuhlinhaber für Arbeits-, Wirtschafts- und Industriosozilogie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Hier will er sich vor allem mit regionaler Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung befassen, mit der sozialen Desintegration in der Arbeitswelt und wirtschaftlichen Aspekten des Rechtsextremismus sowie sozialen Folgen globaler Finanzmärkte.

nalisierten Arbeitsbeziehungen formell in Takt sind, wird nicht mehr über die Abkoppelung von Marktrisiken, sondern über den Grad an Unsicherheit verhandelt, der auch den Kernbelegschaften zugemutet werden soll. Ein Geflecht aus betrieblichen Wettbewerbs- und Standortpakten, das tarifliche Standards bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen aushöhlt, signalisiert, dass kollektive Statusrechte von Arbeitnehmern wieder mehr und mehr in situativ beeinflussbare Kontrakte zurückverwandelt werden (vgl. Seifert 2002). Gerade für die „Zone der Integration“ gilt somit, dass abhängige Erwerbstätigkeit stärker als in früheren Zeiten dem Marktdruck ausgesetzt wird.

Als Folge von marktgetriebener Dezentralisierung und partizipativer Rationalisierung sind neue Spaltungslinien in der Erwerbsarbeit entstanden (Schumann 2002, Dörre 2002). Die Scheidelinie läuft nicht nur zwischen fest Angestellten und prekär Beschäftigten. Sie existiert auch zwischen modernen Wissensarbeitern, hochqualifizierten Spezialisten, Facharbeitern und Fachangestellten auf der einen sowie den großen Gruppen der An- und Ungelernten auf der anderen Seite. Die Kluft findet sich zwischen älteren und jüngeren Arbeitskräften, zwischen denen mit und denen ohne selbst gewählte familiäre Bindungen, zwischen kommunikationsfähigen Arbeitern und denen mit sprachlichen Defiziten sowie vor allem zwischen Jenen, die den flexiblen Kapitalismus als Glücksversprechen erleben, und den großen Gruppen, die noch immer (oder wieder) existenziell auf gesellschaftliche Schutzmechanismen zur Abfederung von Marktrisiken angewiesen sind. In letzter Konsequenz fördert die flexibel-marktzentrierte Produk-

tionsweise eine *Polarisierung der Arbeitsbedingungen* und eine *Fragmentierung der Arbeitenden*. Sie begünstigt einen Typus meist überdurchschnittlich junger, hoch qualifizierter und wiederum männlicher Arbeitskräfte, der die Zonen kontrollierter Autonomie selbstbewusst in seinem Sinne zu nutzen versteht. Ihn kann die Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft nicht schrecken. Das Gegenteil trifft auf Gruppen zu, für die „gute Arbeit“ ein unerreichbares Ziel bleibt. Zu entfremdeten, mitunter prekären Tätigkeiten gezwungen, bringen Marktrisiken und daraus resultierende Flexibilitätsanforderungen ein bereits überwunden geglaubtes Maß an sozialer Unsicherheit in ihren Lebenszusammenhang zurück. Empirisch belegt ist, dass Migranten in überdurchschnittlichem Ausmaß von den Risiken der Re-Kommodifizierung heimgesucht werden. Dieser relative Ausschluss von der Wohlfahrtsgesellschaft und ihren Teilhaberechten fördert Abschottung, ethnische Separierung und damit jenen sozialen Sprengstoff, den Rechtspopulisten für ihre antidemokratische Strategie zu instrumentalisieren suchen (Öztürk 2001).

Die teils latente, teils manifeste Polarisierung von Arbeitsbedingungen kann zahlreiche Schattierungen sozialer Desintegration hervorrufen. Indem die „Zone der Verwundbarkeit“ wächst, wirkt sie auf die „Zone der Integration“ zurück. Übergänge zwischen Normarbeitsverhältnissen und prekärer Beschäftigung werden fließend. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Erwerbsarbeit lässt nach. Soziale Desintegration in und durch Erwerbsarbeit bezeichnet somit ein Phänomen, das über die engere Definition von Prekarität hinausreicht. Soziale Desintegrationseffekte können sich auch dann einstellen, wenn ein Arbeitsverhältnis nicht im engeren Sinne als prekär zu bezeichnen ist. In der Konsequenz bedeutet dies, dass das fordistische Normarbeitsverhältnis als zeitweilig dominante Form der „Institution Erwerbsarbeit“ großen Teilen der Gesellschaft nicht länger als stabile Basis für längerfristige Lebensplanung, Wohlfahrt und soziale Sicherheit dienen kann. Damit verändert sich der Sozialcharakter der Erwerbsarbeit insgesamt. Die zuvor relativ stabile Klammer von nationalem Sozialstaat, regulierter Erwerbsarbeit und darauf gegründeten sozialpartnerschaftlichen Integrationsideologien droht zu zerbrechen. In den Orten der Erwerbsarbeit weicht die Erfahrung sozialer Kohäsion sukzessive der Erfahrung eines universalen Wettbewerbsregimes. Eben dies löst Bedürfnisse nach Begrenzung der Konkurrenz, nach Ruhezeiten, nach Sicherheit und kollektiver Identität aus. Und just diese legitimen Bedürfnisse suchen sich rechtspopulistische Formationen zunutze zu machen.

7. Gegenstrategien: Die Vision einer neuen Arbeitsverfassung

Was bedeutet das für die Gewerkschaften? Offenkundig befinden sich die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen in einem Dilemma. An gutem Willen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus mangelt es sicher nicht; unklar ist jedoch, wie eine wirkungsmächtige Gegenstrategie aussehen kann. Angesichts der Anfälligkeit von Teilen der eigenen Mitgliedschaft würde jede offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus eine Zerreißprobe in den eigenen Reihen provozieren. Ein bloßes Ignorieren der Problematik dürfte jedoch früher oder später zu ähnlichen Resultaten führen.

Die Frage nach einer wirkungsvollen Gegenstrategie lässt sich noch schwerer beantworten, wenn man eine zusätzliche Komplikation bedenkt. Gegenwärtig konkurrieren in den Gewerkschaften, aber auch in anderen politischen Organisationen zwei Politikansätze. Eine *Politik der Forderungen* zielt auf Bekämpfung oder Beseitigung des Mangels und somit auf die strukturellen Ursachen des reaktiven Nationalismus von Lohnabhängigen. Dagegen favorisiert eine *Politik der Anerkennung* Methoden zur Dekonstruktion rassistischer, nationalistischer und sexistischer Ideologien. Nancy Fraser (2001: 23 ff.) hat eindrucksvoll gezeigt, dass beide Politikansätze sich in einem latenten Spannungsverhältnis bewegen. Die Politik der Forderungen beruht auf einem – letztlich klassenbasierten – Verteilungsmodell, das zumindest dem Anspruch nach einer universalistischen Logik folgt. Die Politik der Anerkennung zielt hingegen auf eine Legitimierung von Differenz. Das Spannungsverhältnis zwischen beiden Politikansätzen hat es in der Arbeiterbewegung immer gegeben. In der Ära des flexibel-marktgetriebenen Kapitalismus wird es jedoch geradezu radikalisiert.

Zwar spricht aus meiner Sicht einiges dafür, dass wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit einer Neubildung von Klassen konfrontiert werden (Dörre 2002b). Doch innerhalb der arbeitenden Klassen ist die vereinheitlichende Wirkung fordristischer Normarbeit entfallen. Die Anerkennung von Differenz auf Seiten der Beherrschten ist somit zu einer zwingenden Voraussetzung für die Wiederbelebung einer integrativen gewerkschaftlichen Solidarität geworden. Weder alte Sozialpartnerschafts- noch traditionelle, auf einen gemeinsamen Gegnerbezug abhebende Klassenideologien werden entsprechende Integrationsleistungen vollbringen können. Schon in der nationalen Arena ist der Spagat zwischen prekär oder gar informell beschäftigten Migrant*innen auf der einen und noch immer relativ geschützten Stammebeschäftigten in weltmarkt-

orientierten Industrien so groß, dass er innerhalb der alten ideologischen Muster nicht zu bewältigen ist. Doch auch die eher defensive Strategie der nationalen Sozialpakete mit ihrer Entsprechung in betrieblichen Wettbewerbskoalitionen bietet im Grunde keinen Ausweg aus dem Dilemma. Denn letztlich tendierte dieser Politikansatz dazu, primär die Interessen jener Lohnabhängigen-Fraktionen zu bedienen, die in ihren Unternehmen noch vergleichsweise durchsetzungsfähig sind. Mit seinen Konstruktionen „nationaler Wettbewerbsfähigkeit“ kann er ungewollt dazu beitragen, den „reaktiven Nationalismus“ von Lohnabhängigen noch zu verstärken.

Im Grunde handelt es sich um „eine Verlängerung fordristischer Handlungsmuster“ (Hammer/Pühretmayer 2002: 3), die die Notwendigkeit einer grundlegenden Erneuerung gewerkschaftlicher Kollektividentitäten unterschätzen.

Die Rekonstruktion einer demokratisch-universalistischen Gewerkschaftsidentität ist jedoch in meinen Augen das eigentliche Schlüsselproblem. Denn die beschriebene rechtspopulistische Unterströmung ist nicht zuletzt ein Ausdruck der Krise gewerkschaftlichen und politischer Interessenrepräsentanz in der Arbeitswelt. Noch ist kein Ende dieser Krise in Sicht. Immerhin haben sich in einigen europäischen Staaten verschiedene Spielarten eines politischen „campaigning unionism“ oder „social movement unionism“ (ebd.: 5, vgl. auch Kelly 1998, 22; Moody 1997, Brofenbrenner u.a. 1998) artikuliert, die eine Alternativen zur selektiven Solidarität des Wettbewerbs-korporatismus darstellen. Vorerst ist unklar, ob und in welchem Maße solche Ansätze zu einer neuen gewerkschaftlichen Identitätsbildung beitragen können. Eine Chance besitzen sie jedoch nur, wenn sie sich das produktive Potential der flexiblen Produktionsweise zu Eigen machen. Die Entfaltung der Produktivkräfte rückt eine Utopie zur Überwindung und Neugestaltung gesellschaftlicher Arbeitsteilung in den Bereich des Machbaren, die die gewerkschaftliche Fixierung auf eine lebenslang ausgeübte Berufstätigkeit Schritt für Schritt überwindet und das Modell einer optionalen Lebensgestaltung an ihre Stelle setzt. Es geht um das visionäre Projekt einer neuen Arbeitsverfassung, die flexible Arbeit, Bedürfnisse nach Zeitwohlstand, Familien- und Reproduktionsphasen sowie Weiterbildungsinteressen so kombiniert, dass vielen die Möglichkeit zu einem guten Leben eröffnet wird.

Wichtige Bausteine einer reformorientierten Arbeitspolitik könnten die schrittweise Überwindung des Dualismus von Normarbeitsverhältnissen und befristeter Beschäftigung, eine

rechtliche Gleichstellung verschiedener Beschäftigungsverhältnisse sowie institutionell gesicherte Möglichkeiten zu lebensbegleitendem Lernen (Recht auf Weiterbildung, Bahn Müller 2002) sein. Geschlechterdemokratie, Kriterien für „gute Arbeit“ auch in den Wissensindustrien und Dienstleistungsbereichen, die Erweiterung von Mitbestimmungschancen durch individuelle Partizipationsrechte und Arbeitszeitverkürzungen in Form großer Freizeitblöcke würden ebenso zu einem solchen Projekt gehören wie die Gewährleistung elementarer Bürger- und Menschenrechte für Migrant*innen. Bei der Verwirklichung einer solchen Vision hätten die Gewerkschaften zu lernen, dass Beschäftigungssicherheit nicht mehr an den Einzelarbeitsplatz in einem bestimmten Betrieb gebunden werden kann. Statt dessen sollten sie für Teilhaberechte eintreten, die unabhängig von der jeweiligen Beschäftigungssituation definiert werden und deren Kontinuität im Lebensverlauf sichergestellt ist.

Die Durchsetzung einer Arbeitsverfassung, die Flexibilität und Sicherheit auf neue Weise kombiniert, wird Jahre, vielleicht Jahrzehnte benötigen. Mit dem Leitbild einer neuen Arbeitsverfassung besäßen die Gewerkschaften jedoch wieder ein visionäres Projekt, das der viel beschworenen „Solidarität in Vielfalt“ politische Substanz verleihen könnte.

Ohne eine entsprechende Erneuerung des universalistischen Potentials gewerkschaftlicher Solidarität dürfte es schwer werden, der sozialdarwinistischen Ideologie des neuen Rechtspopulismus eine demokratische Alternative entgegenzusetzen. In Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Staaten ist es der extremen Rechten bislang nicht gelungen, marktradikale Orientierungen erfolgreich mit den Bemühungen um eine Nationalisierung der sozialen Frage zu kombinieren (Betz 2001: 167 ff.). Doch selbst wenn die Krise der politischen Repräsentanz hierzulande einer organisatorisch eigenständigen rechtspopulistischen Formation nicht zum Durchbruch verhelfen sollte, gibt es für die Gewerkschaften keinen Grund zu Beruhigung. Rechtspopulistische Unterströmungen schwächen die politische Durchsetzungskraft der Gewerkschaften. Eine offensive Auseinandersetzung mit diesem Problem ist der erste Schritt zur Veränderung.

Dörre, Klaus: *Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen, Auswirkungen, Gegenstrategien*. In: Demirovic, A.; Beerhorst, J.; Guggemos, M. (Hrsg.): *Eingriffe denken. Aktualität und Perspektiven kritischer Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt/M. (erschienen im April 2004 im Suhrkamp-Verlag)

K. Dörres Umbrüche in der Arbeitsgesellschaft und soziale Desintegration

Im Rahmen der IG-Metall-Kampagne „Gute Arbeit“ wird unter anderem versucht, gewerkschaftliche Arbeitspolitik zu reformulieren. Eine Tagung rund um diesen Themenkreis fand am 3. und 4. Juli 2005 im IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel statt. Dort wurden unter anderem drei unterschiedliche industriesoziologische Ansätze (der Professoren Dörre, Sauer, Schumann) präsentiert, die sich teils voneinander abgrenzten, teils unvermittelt nebeneinander standen bzw. unterschiedliche Perspektiven einnahmen. Wie meist in der entsprechenden Fachdiskussion werden starke Geltungsansprüche vortragen, Verallgemeinerungen oder direkt Idealisierungen vorgenommen (Stichworte: „Retaylorisierung“, „Vermarktlichung“, „Subjektivierung“). Fast schon traditionell kranken viele Überlegungen daran, dass spezifische Momente einer Entwicklung, die meist auch nur für einen speziellen Sektor der Erwerbsarbeit untersucht wurden, zu einer allgemeinen Entwicklungstendenz erklärt werden. In diesem Zusammenhang war denn vielleicht einer der positiven Momente der Veranstaltung die unwidersprochene Aussage, dass in der Arbeitspolitik eine allgemeine Tendenz, die in allen Segmenten allein der Industriearbeit zum Tragen käme, nicht formulierbar ist, bzw. verschiedene Entwicklungen gleichzeitig stattfinden und zu berücksichtigen seien.

Der folgende Beitrag setzt sich mit den von Klaus Dörre vorgestellten Überlegungen zu Bedeutung und Wirkungen der Prekarisierung von Erwerbsarbeit für eine fortschrittliche Arbeitspolitik und gewerkschaftliche Arbeit auseinander. Diese Überlegungen sind neben dem in dieser Ausgabe der PB dokumentierten Beitrag auch in einem weiteren für die WSI-Mitteilungen der Hans-Böckler-Stiftung 5/2005 erstellten dargelegt.¹

Im Bereich der Arbeitspolitik fokussieren sich traditionell sowohl der Wissenschaftsbetrieb als auch die praktische Gewerkschaftspolitik auf Stammbesetzungen. Im Weltmaßstab war jedoch das Normalarbeitsverhältnis zu keinem Zeitpunkt eine Normalität. In den 80er Jahren erreicht der Prekarisierungsprozess, der das Dasein abhängiger Beschäftigung in den Entwicklungs- und Schwellenländern weitgehend bestimmt, die Metropolen des ökonomi-

schen Weltsystems. Heute arbeiten von den ca. 42 Mio. Erwerbspersonen der Bundesrepublik kaum noch 17 Mio. unter Verhältnissen, die mit dem Begriff Normalarbeitsverhältnis gekennzeichnet werden.

Dörre wirft nun in seinem Beitrag der gängigen Industriesoziologie vor, diese Entwicklungstendenzen unzureichend verarbeitet zu haben. Er selbst sieht die „Konturen eines flexibel-marktgetriebenen Produktionsregimes ...“, dessen Dynamik wesentlich auf der Marktsteuerung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit beruhe“.

Damit sei eine relative Abkoppelung der lebendigen Arbeit von Marktrisiken, wie sie im standardisierten Normalarbeitsverhältnis der Tendenz nach wirksam war, in Frage gestellt bzw. praktischer Erosion unterworfen. Hier folgen Dörres Überlegungen zu rechten Orientierungen beim Klientel traditioneller Gewerkschaftspolitik. Da prekäre Arbeitsverhältnisse sich in den Zentren der industriellen Tätigkeiten und damit in unmittelbarer Nachbarschaft der Normalarbeitsverhältnisse etabliert hätten, sei ihre Wirkung auf diese direkt. „Die Herausbildung einer ‚Zone der Verwundbarkeit‘ (bzw. ‚Zone der Prekarität‘) ist bedeutsam, weil sie, anders als die Langzeitarbeitslosigkeit, im unmittelbaren Erfahrungsbereich des produktiven Zentrums der Gesellschaft angesiedelt ist. Mitglieder der Stammbesetzungen haben die Arbeitsrealität der Leiharbeiter, Aushilfskräfte, befristet Beschäftigten oder abhängig Selbständigen beständig vor Augen.“ Eine direkte Disziplinierung durch den (Arbeits-)Markt setze ein. Dies habe auch Konsequenzen für bisherige Ansätze der Arbeitsgestaltung, die stärker unter Druck gerieten. Ein weiterer Schluss seiner Überlegungen ist, dass die bisher verfolgte Politik der Zurückdrängung prekärer Beschäftigung aus verschiedenen Gründen keine Aussicht auf Erfolg habe.

Interessant sind Dörres Überlegungen zu den Folgen der Prekarisierung jedoch vor allem unter Gesichtspunkten, die sich auf industriesoziologische Fragen beziehen. In der kritischen Industriesoziologie haben sich nach Dörre zwei Grundformen der Kritik herausgebildet: Sozialkritik und Künstlerkritik. Sozialkritik stelle „wesentlich auf klassenspezifische Verteilungskonflikte und die Eindämmung des Marktrisikos von Lohnarbeit ab; sie orientiert sich an der Arbeitskraftperspektive“. Künstlerkritik thematisiere im Unterschied dazu „die Perspektive einer Selbstentfaltung in konkreten Arbeitstätigkeiten. Sie richtet sich gegen instrumentelle Zugriffe auf das menschliche Arbeitsvermögen, gegen die ‚Verdingli-

chung‘ sozialer Beziehungen“.

Bezogen auf die gewerkschaftliche Politik hatte Dörre in dem dokumentierten Beitrag ein komplementäres Paar gebildet – die Politik der Forderungen versus die Politik der Anerkennung.

Der auf Begriffen wie Autonomie, Selbstbestimmung oder Selbstverantwortung basierende Grundtenor der Künstlerkritik würde in den verschiedenen Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse teils rhetorisch aufgenommen. „Charakteristisch für die flexibel-marktgetriebene Produktionsweise ist nun, dass das korrespondierende Rechtfertigungsregime das liberale Potenzial der Künstlerkritik aufzusaugen vermag. Kritik an bürokratischen Verkrustungen, Uniformität, Fremdbestimmung und Autonomieverlust im Arbeitsprozess wird aufgegriffen und zur Legitimation von Rationalisierungsstrategien genutzt, die eine möglichst umfassende Wiederherstellung des Warencharakters der Arbeits-



Polnische Erntehelfer

kraft anstreben. Auf diese Weise wird der liberale Grundtenor der ‚Künstlerkritik‘ in Richtung des zeitgenössischen ‚Marktfundamentalismus‘ (Giddens 1997) verschoben.“ Allerdings verblasse diese scheinbare Selbstverwirklichung vor dem Hintergrund der allgemeinen Unsicherheit / dem Ausgeschlossenensein aus der regulären Arbeit.

Gleichwohl entstehen aus den Verhältnissen prekärer Beschäftigung unterschiedliche Orientierungen auf die Erwerbsarbeit, unterschiedliche Einstellungen und Lebenspraxen bzw. lebensweltliche Orientierungen, denen man nachgehen muss, wenn eine neuformulierte Arbeitspolitik ihre Adressaten erreichen will. Vor dem Hintergrund der im Anschluss an den französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel dargestellten drei Zonen der Erwerbsarbeit (Integration, Entkopplung und Prekarität/Verwundbarkeit) begründet Dörre ein eigenes Differenzierungsschema, das neun Typen der Integration bzw. Desintegration unterscheidet, die jeweils teils ganz spezifische Grundeinstellungen zur Welt der Lohnarbeit, Zugänge zu Beschäfti-

Übersicht 1: (Des-)integrationspotenziale von Erwerbsarbeit – eine Typologie

Zone der Integration

1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)

Zone der Prekarität

5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden“)
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)

Zone der Entkoppelung

8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen“)
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“)

Quelle: WSI Mitteilungen 5/2005

gungsverhältnissen, Ansprüche an Erwerbstätigkeit, zeitliche Perspektiven usw. ausbilden. Denn innerhalb der Zone der Prekarität finden sich die Merkmale, die Prekarität ausmachen, „in höchst unterschiedlichen Kombinationen und Bündelungen“.

Damit wird eine Folie vorgestellt, vor deren Hintergrund spezifische Bezüge zur Erwerbsarbeit deutlich werden, die in möglichen unterschiedlichen Lebenspraxen und damit eventuellen Milieubildungen bei abhängig Beschäftigten münden. (siehe Übersicht 1)

Eine der Kernüberlegungen dabei ist, dass sich soziale „(Des-)Integrationsprozesse“ nicht mehr primär über den geglückten Zugang zum Normalarbeitsverhältnis herstellen, sondern sich spezifische unterschiedliche Orientierungen ausbilden, die gleichwohl integrativen Charakter haben können.

„Dennoch mündet die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse keineswegs in einen unaufhaltsamen Zerfall der Gesellschaft. Vielmehr macht sich das als (Des-)Integrationsparadoxon gespaltenen Arbeitsgesellschaften (Dörre u.a. 2004) bemerkbar. In der ‚Zone der Prekarität‘ erfolgt Einbindung nicht mehr über primäre (reproduktive und qualitative), sondern über tradierte oder neu erzeugte sekundäre Integrationspotenziale. Von sekundären Integrationspotenzialen kann gesprochen werden, wenn z.B. junge Leiharbeiter ihr prekäres Beschäftigungsverhältnis als Sprungbrett in eine Normalbeschäftigung betrachten und auf den ‚Klebeffekt‘ ihrer Tätigkeit hoffen (Typ 5). Um sekundäre Integration handelt es sich bei prekär Beschäftigten wie z.B. älteren Leiharbeitern, die sich pragmatisch-illusionslos mit ihrer Lage arrangieren, indem sie beständig zwischen Arbeitslosigkeit und Leiharbeit pendeln (Typ 6). Sekundäre Integrationspotenziale verschaffen sich auch Geltung, sofern sich Einzelhandelsverkäuferinnen scheinbar vorbehaltlos in ihre Rolle als Zuverdienerinnen (Typ 7) fügen und damit eine stabile Partnerschaft und ein Existenz sicherndes Einkommen des Lebenspartners zur stillen Voraussetzung ihres eigenen, einer klassischen geschlechtsspezifischen Rollen-

teilung folgenden Arrangements machen. Und selbst bei den ‚Abgehängten‘ (Typ 9) zeigt sich die Wirksamkeit sekundärer Integrationsmechanismen, wenn sich jugendliche Erwerbslose als ‚arbeitende Arbeitslose‘ definieren, weil sie ihr Einkommen in der Schattenwirtschaft verdienen.“

Ohne Verklärungen oder Illusionen gegenüber prekären Beschäftigungsformen sieht Dörre jedenfalls keine Rückkehr mehr zum Standard des alten Normalarbeitsverhältnis. Mit Verweis auf Organisationserfolge in anderen europäischen Ländern und den USA empfiehlt Dörre sowohl in dem dokumentierten als auch in dem hier zitierten Aufsatz den Gewerkschaften ein verändertes Verhältnis zur eigenen Mitgliedschaft, in dessen Zentrum die Anerkennung der Differenz und somit die „Überwindung des Dualismus von Normalarbeitsverhältnissen und befristeter Beschäftigung“ steht. Er sieht also sowohl eine organisationspolitische Perspektive bei den Gewerkschaften als auch eine politische Perspektive im „Leitbild einer neuen Arbeitsverfassung“.

Hier bleiben seine Ausführungen jedoch sehr allgemein und lassen eine ganze Reihe von Fragen offen. Ein solches Leitbild wäre wohl der Versuch, die allgemeine Menschenwürde unter veränderten Marktbedingungen neu zu justieren.

Dabei fallen Stichworte wie Mindestlohn oder Vereinbarkeit von lebensweltlichen Ansprüchen (Sabbatical, Erziehungszeiten, Weiterbildung) und Erwerbsarbeit. Ziemlich unbeantwortet bleibt aber die Frage der Regulationsebene. Schon der Hinweis auf den Mindestlohn zeigt, dass es nicht um Gegenstände geht, die zwischen mündigen Bürgern ausgehandelt werden; also im Arbeitsvertrag. Die angesprochenen Themen fokussieren eher auf Gesetze und stellen damit die Frage des Verhältnisses von Tarifvertrag und Gesetz – eine Schnittstelle, bei der sich die bundesdeutschen Gewerkschaften zuletzt nicht sehr phantasievoll gezeigt haben.

Spätestens hier wird aber auch die Notwendigkeit einer Bündnisarbeit quer durch die drei Zonen der Er-

werbsarbeit offensichtlich, ohne die eine Auseinandersetzung um entsprechende gesellschaftliche Normen kaum zu führen ist. Die Gewerkschaften scheinen hier in mehrfacher Hinsicht als nicht gut ausgestattet für eine solche Entwicklung. Als sowohl in der Verwaltung wie auch im Organisationsleben hochgradig formalisierte Institutionen haben sie schon in der Diskussion um die neuen Angestelltengruppen nur sehr selten Räume geschaffen, in denen beispielsweise eine temporäre Beteiligung möglich war. Rund um die Arbeitslosen- und Sozialhilfearbeit und -gruppen entstehen immer wieder Konflikte um Selbständigkeit und Bevormundung. Vielen erscheinen Gewerkschaften als stahlharte Gehäuse. Für alle Formen prekärer Beschäftigung haben sie keine oder kaum Organisationsstrukturen, und eine organisierte Arbeit in diesen Beschäftigtenbereichen gestaltet sich auch äußerst mühselig. Es wären also sowohl von der Organisationsform als auch von der Mittelallokation völlig neue Wege zu gehen – sicher nur über einen mittel- bis langfristige Debatte zu erreichen.

Völlig offen ist bei Dörre, aber auch in den gewerkschaftlichen Debatten die Rolle der Beschäftigten als Wirtschaftssubjekte. Mit dem „Leitbild einer neuen Arbeitsverfassung“ bleibt Dörre selbst bei einer Gegenüberstellung von Lebenswelt (wo sich neue Bedürfnisse und Sinnerfüllung entwickeln) und der Sphäre der Erwerbsarbeit, die jedoch in sich nicht entwicklungsfähig scheint, sondern in die die Menschenwürde mit Hilfe des Gesetzes eingepflanzt werden muss. Damit fällt er selbst allerdings hinter die „Künstlerkritik“ zurück, deren Ansatz die Zurückdrängung der Fremdbestimmung in der Arbeit ist.

Dabei ständen eine Reihe von Erfahrungen und Anknüpfungspunkten zur Verfügung, die eine Verknüpfung von lebensweltlichen Ansprüchen und dem Wirtschaftssystem erlauben. Beispielsweise die in verschiedenen europäischen Ländern entstandenen Selbsthilfebewegungen. Genossenschaften in verschiedenen Wirtschaftsgebieten. Konzepte für regional orientierte Produktion und zur Evaluierung öffentlicher Bedarfe/Güter. Selbst im Bereich der Betriebsübernahmen durch Belegschaften liegen Erfahrungen vor und könnten ergänzt um das Nachdenken über selbstinitiierte produktive Tätigkeiten ein praktisches Feld auch der gewerkschaftlichen Aufmerksamkeit (Finanzausstattung) werden. Bei den vielen Zumutungen, die der Beitrag Dörres den Gewerkschaften bietet, kann in der Debatte dieses Päckchen ruhig noch drauf gelegt werden. *rog*

1 Alle folgenden Zitate aus: K. Dörre – Prekarität – eine arbeitspolitische Herausforderung. WSI-Mitteilungen 5/2005, S. 250 – 258

27. August, Berlin. 2. Tagung des Parteitags der PDS. Beschlussfassung des Wahlprogramms

28. August, Dortmund. Wahlparteitag der CDU.

31. August, Berlin. Sonderparteitag der SPD.

1. September, Bundesweit. Antikriegstag. Veranstaltungstermine für zahlreiche Orte finden sich unter: <http://www.friedenskooperative.de/>

2. September, Nürnberg. Parteitag der CSU.

5.- bis 9. September, Bielefeld. ver.di-Bundesschule, 16. Somerschule der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Kooperation mit der ver.di-Bildungsstätte „Buntes Haus“ zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, u.a.: internationale Finanzarchitektur, vermeintliche und tatsächliche Probleme der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Tarif-, Arbeitszeit- und Mitbestimmungspolitik, Alternativen zur Finanz-, Steuer- und Geldpolitik, EU-Osterweiterung, Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung, Grundlinien und Quellen zusätzlicher staatlicher Einnahmen zur Finanzierung einer Investitions- und Beschäftigungsinitiative. Mit: Heinz-J. Bontrup, Rudolf Hickel, Jörg Huffscheid, Norbert Reuter, Brigitte Stelze, Axel Troost u.a.. Anmeldung (schriftlich): AG Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 330447, 28334 Bremen. Info: www.memo.uni-bremen.de

10. September, Berlin. Sonderparteitag der FDP.

22. September, Köln: (geplant) Aktion(en) „Ent-Löbnix“ beim Soldaten-Gelöbnis auf Roncalliplatz aus Anlaß des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr

23.-25. September, Loccum. Solidarisches Wirtschaften unter kapitalistischer Hegemonie? Arbeitstagung der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen. „Die destruktiven Tendenzen der neoliberalen Variante des Kapitalismus haben in den letzten Jahren Gegenbewegungen produziert und eine intensive Suche nach gesellschaftlichen Alternativen ausgelöst. Die neuen, aus der Not geborenen Formen solidarischen Wirtschaftens sind dabei in den Kontext der gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche eingebettet, die sich in anderer Form auch in den weltweit agierenden Konzernen geltend machen. Welche Formen demokratischer Partizipation sind vor diesem Hintergrund in den Kernbereichen der Ökonomie denkbar? Inwieweit weisen die Formen solidarischen Wirtschaftens über die unmittelbare Selbsthilfe hinaus? Welche Gestaltungspotenziale sind angesichts dieser Entwicklungen noch oder wieder vorhanden?“ Anmeldung: Gregor Krididis, Davenstedter Str. 23, 30449 Hannover oder per eMail: loccumer.initiative@gmx.de

1. Oktober, Frankfurt a. Main. Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Beginn 10 h, Ende gegen 17h. Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69. Tagesordnung: 1. Plattform für die Initiative zur Vernetzung der G-Linken. 2. Organisatorische Strukturen: (Arbeitsausschuss, Sekretariat, Info, usw.) 3. Die Ausgangsbasis für die G-Linken nach der Bundestagswahl

3. Oktober, Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober, Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

26. Oktober, Berlin: (geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober, Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS



Europäische Perspektiven für die Erneuerung gewerkschaftlicher Gegenmacht

10. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei. PDS

**28. und 29. Oktober 2005
Stadthalle Rüsselsheim**

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de